



LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

LANDTAGS NACHRICHTEN

22. Juli

6/2025

www.landtag-mv.de

15.000 GÄSTE BEIM TAG DER OFFENEN TÜR IM LANDTAG



Parlamentarisches Novum – Gruppe der FDP +++ Überdenken der Inklusionsstrategie gefordert
Ehrenamtsstiftung MV als tragende Säule bürgerschaftlichen Engagements +++ Kommunen in aktuellen Finanznöten
Petitionsausschuss in Altdentreptow +++ Umweltpreis verliehen +++ Tag des offenen Landtages mit Besucheransturm



3	AKTUELLE STUNDE	„Rechte Bedrohung mit queeren Menschen – Schutz und Solidarität für den CSD“ (auf Antrag der Fraktion Die Linke)
4 - 11	Auszüge aus der Originaldebatte	Elke-Annette Schmidt (Die Linke), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Thomas de Jesus Fernandes (AfD), Mandy Pfeifer (SPD), Katy Hoffmeister (CDU), Constanze Oehlrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Barbara Becker-Hornickel (Gruppe der FDP)
12 – 23	Berichte	Parlamentarische Premiere – Gruppe der FDP Schulsozialarbeit bleibt zukünftig in kommunaler Verantwortung Antrag zur Sperrung der Bahnverbindung Überdenken der Inklusionsstrategie gefordert Unterstützung für das Pandemieabkommen der WHO Antrag zu einer landeseigenen Beteiligungsgesellschaft
24- 25	Meldungen	Aussprache zum handlungsfähigen Staat Ehrenamtsstiftung MV als tragende Säule bürgerschaftlichen Engagements Moderner Staat mit schlanker Verwaltung Kommunen in aktuellen Finanznöten
26 - 30	Befragung der Landesregierung	
31	Gesetzgebung	
32 - 34	Ausschüsse	Öffentliche Anhörung zum Sonderbericht Kindertagesförderung Petitionsausschuss in Altentreptow Rechtsausschuss in Estland zu Besuch Ausschuss der Regionen tagte in Brüssel Umweltpreis verliehen
35 – 39	Panorama	Landtag beim MV Tag in Greifswald Tag des offenen Landtages mit Besucheransturm
40	Wussten Sie schon?	

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler
Layout: produktionsbüro TINUS
Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss: 2.07.2025



Auf Antrag der Fraktion Die Linke debattierten die Abgeordneten zum Thema „Rechte Bedrohung für queeres Leben – Schutz und Solidarität für den CSD“

Foto: nordreport

Solidarität mit queeren Menschen

Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion die Linke

In einer Aktuellen Stunde im Landtag wurde für mehr Toleranz und Solidarität geworben, so beklagen die Organisatoren von Demonstrationen zum Christopher Street Day (CSD) Störungen und Angriffe gegen diese Veranstaltungen. Auch Veranstaltungen in MV waren schon davon betroffen.

Die Fraktion Die Linke hat in einer Aktuellen Stunde auf die rechte Bedrohung für queeres Leben hingewiesen und Schutz und Solidarität für die Demonstrationen zum Christopher Street Day (CSD) in MV gefordert. In diesem Jahr stehe die CSD-Bewegung unter dem Motto „Nie wieder still“, sagte **Elke-Annette Schmidt** (Die Linke). „Dieses Motto ist angesichts aktueller Bedrohungen leider dringlicher denn je.“ Besonders prekär sei die Situation für transgeschlechtliche oder nicht binäre Menschen. „Sie erleben in allen Lebensbereichen häufiger Diskriminierung, sind seltener zufrieden mit ihrem Leben und können ihre Lebensentwürfe seltener selbstbestimmt leben.“

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) berichtete, dass sie die Schirmherrschaft über den Schweriner CSD am 7. Juni übernommen hatte. An diesem Tag werde auch seit dieser Legislatur die Regenbogenflagge vor der Staatskanzlei gehisst. „Das ist für mich kein

Symbol, sondern das ist ein klares Bekenntnis zu allen Menschen in unserem Land, dass sie unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können müssen.“

Für **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) ist die Regenbogenflagge ein ideologisch politisches Symbol für hormonelle Verstümmelung von Kindern, für Leugnung eines biologischen Geschlechts, für grenzenlose Masseneinwanderung oder für Demos gegen Israel. Auf den CSD sollte die Deutschlandfahne hochgehalten werden. Sie sei die Fahne der Gleichberechtigung und der Garantie für ein friedliches diskriminierungsfreies Zusammenleben auch in der Zukunft.

Der Staat dürfe sich nicht instrumentalisieren lassen, betonte **Katy Hoffmeister** (CDU). „Er ist Garant der Freiheit aller Menschen, eines jeden Menschen.“ In einer Zeit, in der Extreme geneigt sind, sich gegenseitig hochzuschaukeln, dürfe gerade nicht auf Polarisierung und auf Spaltung gesetzt werden. Freiheit und Akzeptanz würden nicht durch spaltende Debatten gewonnen, sondern durch gelebten Respekt im Alltag.

In Schwerin ist der CSD nach Ansicht von **Mandy Pfeifer** (SPD) Jahr für Jahr eine große, bunte und friedliche Demonstration. „Niemand bekommt so

viele gutgelaunte, fröhliche und liebevolle Leute auf die Straße wie der CSD in Schwerin.“ Sie feierten Werte wie Toleranz, Respekt oder Vielfalt und sie forderten ihre Rechte ein. „Das ist total wichtig, denn queer sein, kann man sich nicht aussuchen, man wird queer geboren.“

Die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehrich**, beklagte Kampagnen gegen queere Veranstaltungen, in einem bislang unbekannten Ausmaß. CSD-Veranstaltungen sollten nicht nur eingeschüchtert, sondern gezielt verhindert werden. „Diese Gewalt kommt nicht aus dem Nichts. Sie wächst dort, wo Menschenverachtung verharmlost wird, dort wo rechte Kräfte gezielt Stimmung gegen queeres Leben machen.“

Es sei traurig, beschämend und entsetzlich, dass die Bedrohung queeren Lebens traurige Realität sei, erklärte **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP). „Der CSD steht wie kein anderes Ereignis für Vielfalt, für Gleichberechtigung, für Freiheit.“ Es sei erschreckend, dass in Teilen der Gesellschaft nicht die nötige Toleranz für die Mitmenschen vorhanden ist. „Das ist nicht nur eine Bedrohung für einzelne Menschen, es ist eine Bedrohung für unsere freiheitliche Gesellschaft insgesamt.“

■ Elke-Annette Schmidt, Die Linke

„Solidarisch an der Seite der queeren Community“



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen Abgeordnete! „Nie wieder still!“ – unter diesem Motto steht der CSD, steht die CSD-Bewegung in diesem Jahr. Und dieses Motto ist angesichts aktueller Bedrohungen leider dringlicher denn je. Ein Blick auf die letzten Monate zeigt ein erschütterndes Bild: September 2024. In Kaufbeuren werden Teilnehmer/-innen des CSD mit einem Messer bedroht. In Döbeln versprüht ein Rechtsextremist Buttersäure auf der Route des CSD. Und auch in unserem Land in Wismar stören Rechtsextreme den CSD, unter ihnen Benjamin H. aus Neubukow, mutmaßliches Mitglied der rechtsterroristischen Gruppe „Letzte Verteidigungswelle“.

Mai 2025. Der CSD in Gelsenkirchen wird wegen einer konkreten Bedrohungslage abgesagt.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Welche denn?)

[...] Und auch in Zukunft, meine Damen und Herren, wird sich diese furchtbare Liste wohl leider fortsetzen lassen. So hat etwa die rechtsextremistische Gruppe „Deutsche Jugend voran“ angekündigt, den Pride in Berlin-Marzahn zu stören. Die Gruppe ist gesichert rechtsextrem und gilt als gut vernetzt mit der Partei „Die Heimat“ und „Der Dritte Weg“.

Sehr geehrte Kolleg/-innen Abgeordnete, was wir hier sehen, ist keine Aneinanderreihung von Einzelfällen. Was wir erleben, ist ein gezielter Angriff.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP)

[...] Der CSD, meine Damen und Herren, ist längst nicht mehr nur im Visier rechter Gruppen. Er ist Zielscheibe rechtsterroristischer Akteure geworden. Die neonazistischen Angriffe auf verschiedene Christopher Street Days in Deutschland zeigen die verstärkte Zunahme queerfeindlicher Gewalt. Dabei ist diese Gewalt brutal, gezielt und organisiert.

[...] Diversität ist kein Ideologiekлуб, wie es etwa Markus Söder in Talkshows propagiert. Queerfeindlichkeit ist eine Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP)

Und sie hängt dabei eng zusammen mit Sexismus, Antifeminismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen strukturellen Unterdrückungsformen.

Und währenddessen zeigt diese Strategie Wirkung bis hinein in die Herzkammer der Demokratie in Berlin. Die Regenbogenfahne darf nicht mehr über dem Reichstag wehen, das Regenbognetzwerk der Bundestagsverwaltung darf nicht mehr am Berliner CSD teilnehmen.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Die Begründung – Neutralität.

(Horst Förster, AfD: Genau! – Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Richtig!)

Aber das ist keine Neutralität,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sie können da hingehen, halt nur nicht im Dienst und nicht als Dienstangestellte.)

das ist Kniefall, ein Einknicken vor den Rechten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Der CSD war nie eine Party, er war und ist Aufschrei. Und auch heute ist dieser Aufschrei nötig, denn queere Menschen werden wieder zur Zielscheibe, nicht nur in Chatgruppen, nicht nur bei Telegram, sondern mitten in unserer Gesellschaft, auf der Straße, auf Veranstaltungen und leider auch in den Parlamenten.

Sehr geehrte Kolleg/-innen, wir als demokratisches Parlament müssen Haltung zeigen und solidarisch an der Seite der queeren Community stehen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zurufe von Horst Förster, AfD, und Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Die Gemeinsame Erklärung ostdeutscher CSDs und Pride-Veranstaltungen fordert uns auf: „Wir brauchen eure Unterstützung!“. Lasst uns auf den vielen „Veranstaltungen in ganz Ostdeutschland ... in diesem Sommer selbstbewusst in die Öffentlichkeit treten.“

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Nein, hört auf damit und lasst uns damit in Ruhe!)

[...] Und ich möchte an dieser Stelle auch Danke sagen an die Organisator/-innen der CSDs in unserem Land. Ihr macht Sichtbarkeit möglich gegen alle Widerstände. Ihr seid mutig für alle, die es nicht sein können. Und ihr seid nicht allein. Wir als LINKE stehen an eurer Seite nicht nur heute, sondern immer. Wir werden den Schutz queeren Lebens nicht zur Verhandlungsmasse machen. Und wenn der Bundestag die Regenbogenfahne versteckt, dann tragen wir sie umso lauter durch die Straßen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und wenn andere schweigen, dann sagen wir es deutlich, nie wieder still, jetzt erst recht! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das ist nicht euer Staat, das ist unser Staat.)

■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

„Die Landesregierung bekennt sich deutlich dazu, die rechtliche Gleichstellung queerer Menschen voranzubringen.“



Foto: Danny Gohlke

[...] In unserem Grundgesetz ist es ziemlich klar und eindeutig geregelt, [...] wie wir in der Gesellschaft miteinander umgehen wollen, [...]: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Und dieser Gedanke ist auch in unserer Landesverfassung aufgenommen im Artikel 5, wo es heißt: „Das Land Mecklenburg-Vorpommern ... hat die Würde aller in diesem Land lebenden oder sich hier aufhaltenden Menschen zu achten und zu schützen.“ Und dazu gehört natürlich auch, dass jeder Mensch [...] unabhängig von seiner sexuellen Identität frei und ohne Angst [...] leben können muss. [...] auch Lesben, Schwule, Trans- und Intersexuelle und alle [...], die sich als queer verstehen.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Können Sie das mal definieren genau?)*

Und das ist unsere Aufgabe, und die Landesregierung steht an der Seite dieser Menschen und unterstützt sie. Und ich möchte, dass wir in einem freien Land leben, in dem weder Wort noch Tat diese Menschen einschüchtern, lächerlich macht und sogar bekämpft.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und René Domke, FDP)*

[...] Wir haben [...] den CSD auch hier [...] gefeiert. Am 7. Juni hat Schwerin den Anfang gemacht, [...]. Und ich bin sehr [...] dankbar, dass wir [...] mit der MV-Koalition entscheiden konnten, dass die Regenbogenflagge vor der Staatskanzlei gehisst wird. [...] das ist ein klares Bekenntnis zu allen Menschen in unserem Land, dass sie unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können müssen [...]. [...] In den vergangenen Jahren ist der CSD zum Reizpunkt für die wachsende rechte Szene geworden, [...] zum Mittel im Kampf gegen die Demokratie, [...]. [...] Das Bundeskriminalamt verzeichnet von 23 bis 24 eine Steigerung queerfeindlicher Straftaten um mehr als die Hälfte. [...] Der Landtag hat

[...] einem Antrag zugestimmt, [...]: „Alle Menschen sollen in unserem Bundesland in Würde und ohne Anfeindungen leben können.“ Und das [...] muss schon in der Schule beginnen –

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Im Kindergarten fangen Sie
doch da schon mit an.)*

in dem Alter, in dem Jugendliche ihre sexuelle Identität entwickeln [...]. [...] ich bin unserer Landespolizei dankbar, dass sie Teil unseres Aktionsplanes zum Schutz von queerm Leben in Mecklenburg-Vorpommern ist. [...] Homophobie und Transfeindlichkeit sind auch [...] im politischen Raum wieder salonfähig geworden, [...]. Ein Beispiel dafür ist das Verbot der Regenbogenflagge [...] in Neubrandenburg. [...] Unter dem Schlagwort „Genderwahn“ wird gegen sexuelle Aufklärung gehetzt. [...] Zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehört, dass alle Menschen die gleichen Rechte und den gleichen Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben haben, [...]. [...] Und hier geht es [...] um die Herausbildung und Behauptung der eigenen Persönlichkeit [...]. [...]

Deshalb, [...],

*(Martin Schmidt, AfD: Was macht
denn der Innenminister jetzt?)*

bekannt sich die Landesregierung deutlich dazu,

(Martin Schmidt, AfD: Nix!)

die rechtliche Gleichstellung queerer Menschen voranzubringen. Seit 2015 haben wir einen Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern.

*(Horst Förster, AfD: Machen Sie
doch eine Quote am besten!)*

Diesen Plan haben wir 2024 fortgeschrieben mit 80 Maßnahmen aus 26 Themenbereichen, da geht es ganz viel um Aufklärung und Beratung. [...] die TIM-Beratungsstelle für trans-, inter- und nonbinäre Personen [...] wird durch den Verein „Jugend kann bewegen“ aus Greifswald aufgebaut und vom Land mit 125.000 Euro pro Jahr gefördert. Weitere queere Vereine und Organisationen fördern wir mit 172.000 Euro im Jahr. [...] Queeres Leben ist Teil und Ausdruck positiver Vielfalt in unserem Land, [...]. [...] mit dem Schutz und der Unterstützung queeren Lebens schützen und behaupten wir uns selbst als Menschen, die in Freiheit leben wollen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und René Domke, FDP –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)*

■ Thomas de Jesus Fernandes, AfD



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Ich glaube, Ihnen fehlt das Warum: Warum ist es so, wie es ist?

*(Christian Albrecht, Die Linke:
Ja, warum werden Leute angegriffen?)*

Wofür steht denn Ihre Regenbogenfahne?

*(Christian Albrecht, Die Linke: Müssen
das jetzt die Leute erklären, oder was?)*

[...] Sie ist ein ideologisch-politisches Symbol für hormonelle Verstümmelungen an Kindern [...]

*(Unruhe vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Zurufe vonseiten der Fraktion Die Linke:
Oh! – Thomas Krüger, SPD:
Was erzählen Sie denn da?)*

für Leugnung eines biologischen Geschlechts,

*(Daniel Seiffert, Die Linke:
Unterste Schublade! –
Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)*

für grenzenlose Masseneinwanderung, für Demos gegen Israel. Diese Fahne wird von Ihnen für alles missbraucht, was es momentan gibt.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Daniel Seiffert, Die Linke: So wie Sie
jetzt gerade! So wie Sie jetzt gerade!)*

Und ich sage Ihnen [...]

von einem betroffenen Blogger, der selbst homosexuell ist [...]: „Niemand, nicht mal Neonazis, haben uns so geschadet, wie linksgrüne omnipräsente ‚queere‘ Politik“,

die Lesben und Schwule „unsichtbar macht“

(Daniel Seiffert, Die Linke: Hä?)

„und zu einem Fetischförderprogramm verkommen ist [...]"

*(Elke-Annette Schmidt, Die Linke:
Dann haben Sie aber nichts verstanden.)*

Zitatende.

[...] Also Sie sind ja nett mit Ihren stellvertretenden Diskriminierungserfahrungen [...]

*(Julian Barlen, SPD: Ist klar, dass Sie so was lesen! –
Zurufe von Torsten Koplin, Die Linke,
und Michael Noetzel, Die Linke)*

aber Sie wissen

[...] nicht, worüber Sie reden.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Enrico Schult, AfD: Sehr richtig! – Torsten Koplin, Die Linke:
Schöne Grüße an die eigene Blase! Zurufe von Michael Noetzel,
Die Linke, und Daniel Seiffert, Die Linke)*

Schwule und Lesben wollen nicht mit überdrehten Spinnern, die in Windeln und Hundemasken

(Zurufe vonseiten der Fraktion Die Linke: Oh!)

oder komplett nackt in aller Öffentlichkeit auch sexuelle Handlungen vor Kindern vornehmen, gleichgesetzt werden.

(Enrico Schult, AfD: So ist es.)

Auf CSDs können auch Pädophile ihren kranken Neigungen freien Lauf lassen.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Christian Albrecht, Die Linke: Oh! – Julian Barlen, SPD: Was?!)*

Rot-Grün stört das nicht.

*(allgemeine Unruhe – Christian Albrecht, Die Linke:
Ekelhaft, was Sie erzählen!)*

In Hannover macht die AfD zum Beispiel einen Kinderschutzkongress,

[...] um aufzuklären über [...] Widerlichkeiten wie zum Beispiel „Original Play“.

[...] Sie erinnern sich, fremde Menschen kommen in Kitas und kuscheln mit fremden Kindern.

*(Thomas Krüger, SPD: Was erzählen Sie denn da für einen Mist?! –
Jeannine Rösler, Die Linke: Was erzählen Sie denn hier?!)*

[...] Was passiert, ist eine große Regenbogengegendemo gegen den Kinderschutz,

[...] gegen Aufklärung über pädophile Machenschaften, gegen Kinder, gegen die Verteidigung ihrer Rechte

[...] „Rechte Bedrohung für queeres Leben –“

(Julian Barlen, SPD:
Widerwärtig, was Sie da machen!)

„Schutz und Solidarität für den CSD“, das ist Ihr Thema heute hier. Wenn Muslime sich jüdenfeindlich oder homophob äußern, dann ist das rechts.

(Nadine Julitz, SPD: Was?!)

[...] Wenn Migranten Schwule und Lesben schlagen, bespuken oder abstechen, dann gilt das als rechte Straftat.

(Heiterkeit bei Philipp da Cunha, SPD:
Nein, das ist auch nicht wahr!)

[...] Sie alle haben den Kampf gegen rechts als Überlebenselixier.

[...] Ich erinnere [...], wer hier mit welcher Glaubensrichtung so seit 2015 in unser Land kommt [...] In den Herkunftsländern dieser Leute werden Homosexuelle an Baukränen aufgehängt.

(Thore Stein, AfD: Ja.)

Sie werden geköpft,

(Thore Stein, AfD: Ja.)

weggesperrt

(Thomas Krüger, SPD: In
welchem Land leben wir eigentlich?)

oder vom Mob auf der Straße erschlagen

(Julian Barlen, SPD: Ja, schlimm genug!)

oder von Hochhäusern geworfen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Julian Barlen, SPD: Schlimm genug!)

Glauben Sie, man legt bei Grenzübertritt seine Prägung ab? [...]

Und wenn Sie Lesben und Schwule davor schützen wollen, dann haben Sie uns auf Ihrer Seite. Aber das wollen Sie nicht. Sie wollen diese Leute gar nicht schützen, Sie wollen sie für Ihre ideologisch-politische Agenda missbrauchen. [...]

Demonstrative Provokation und Konfrontation [...] ist Ausdruck von sittlicher und moralischer Abstumpfung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Obszönität, Skurrilität und Pervertierung haben nichts mit Toleranz und Respekt zu tun. [...]

(Daniel Seiffert, Die Linke: Da kommt die
Rechtfertigung! Da kommt die Rechtfertigung! –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Wir waren auf dem Weg echter Gleichstellung. Mit Ihrer Dauershow

(Daniel Seiffert, Die Linke: Ja, genau!)

werfen Sie uns zurück [...]

Und was war denn die erste Priorität dieser Landesregierung? Ganz schnell musste ein neuer Flaggenenerlass her, der es ermöglicht, vor Dienstgebäuden die Regenbogenfahne zu hissen. [...]

Das verurteilen wir. Für uns gilt das Grundgesetz und hier vor allem der Artikel 3 –

(Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD: Oh!)

[...]

Die Fahne, die all das symbolisiert,

(Thomas Krüger, SPD: Warum
denunzieren Sie jetzt Menschen?)

ist die Deutschlandfahne, [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

CSDs sollten diese hochhalten. Die Deutschlandfahne ist die Fahne ihrer Rechte,

(Christian Albrecht, Die Linke: Was die Leute
hochhalten, entscheiden sie immer noch selbst.)

ihrer Gleichberechtigung und ihre Garantie für ein friedliches, diskriminierungsfreies Zusammenleben auch in der Zukunft. Das ist Schwarz-Rot-Gold, es ist die Fahne, auf die wir stolz sein können, auf die jeder stolz sein sollte.

(Jeannine Rösler, Die Linke: Das bestimmen Sie?!)

Und in diesem Sinne wünsche ich uns allen einen schönen Stolzmonat. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Im Ergebnis der Überprüfung dieser Rede erhielt Herr de Jesus Fernandes zu seiner Äußerung bezogen auf - den pädophilen Neigungen den freien Lauf zu lassen - einen Ordnungsruf.

■ Mandy Pfeifer, SPD



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Am 7. Juni dieses Jahres feierte Schwerin den CSD [...]. Die Vorbereitungen zu diesem Tag wurden dadurch begleitet, dass rechte Gruppierungen bereits deutlich im Vorfeld dazu aufgerufen haben, die Veranstaltung zu stören. [...]. Die Störer sind jung, und sie wähnen sich im Recht. Und der Grund dafür ist die Diskursverschiebung, die rechtsextreme Parteien in unserem Land [...] betreiben.

An der Stelle möchte ich gleich fragen, Herr Stein (AfD): Was meinen Sie eigentlich, wenn Sie hier die Ministerpräsidentin fragen, ob sie den Biologieunterricht besucht hat,

(Thore Stein, AfD: Die Frage ist doch klar formuliert, oder?! – Julian Barlen, SPD: Können Sie doch mal ausführen, was sie da gelernt hat Ihrer Meinung nach.)

vor allen Dingen, was hat sie verpasst?

Am Ende ist der CSD Schwerin störungsfrei verlaufen, vermutlich auch, weil man sich von den gewaltvollen Androhungen im Vorfeld nicht hat schrecken lassen. Das ist richtig und das ist wichtig, weil sonst Hass, Hetze und Gewalt [...] gewinnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, Herr de Jesus Fernandes (AfD), wenn Sie meinen, Sie brauchen diese Demonstration nicht, dann ist das völlig in Ordnung. Ich habe den Eindruck, Sie haben gar keine Ahnung, wer sich da in Schwerin jedes Jahr versammelt, aber ich kann Ihnen sagen, wenn Sie Queersein mit Pädophilie und Kindesmissbrauch und Perversion in einem Atemzug nennen, dann ist es das, was Hass und Hetze schürt [...]. Und das muss man entschieden zurückweisen.

[...] Die CSDs stehen nicht nur in Ostdeutschland unter Druck, sondern bundesweit. [...] In Berlin, Marzahn, Wernigerode, Flensburg, Eberswalde, Wetzlar und Pforzheim haben wir Bedrohungslagen, die immer dazu führen werden, dass Menschen, die eigentlich das Bedürfnis haben, für ihre Rechte auf die Straße zu gehen, nicht hingehen. Und das kann man nicht hinnehmen. [...]

In Schwerin ist es [...] eine große bunte, friedliche Demonstration. [...] Die Menschen feiern unsere Werte, Werte wie Toleranz, Respekt, Vielfalt, Weltoffenheit und die Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes. Und sie fordern ihre Rechte ein. Das ist total wichtig, denn queer sein kann man sich nicht aussuchen, man wird queer geboren.

[...] Dass hier unsere Werte in Abrede gestellt werden [...], zeigt, dass die CSDs längst nicht mehr nur die queere Community betreffen, sondern [...] jeden Einzelnen von uns. [...] Denn wenn das Ziel von rechts außen erreicht ist und die CSDs verstummen, wer ist dann als Nächstes dran, der verhetzt werden soll [...] ? Wir haben das alles schon mal erlebt und keiner weiß von uns, wer der Nächste ist.

Wir brauchen jetzt die Solidarität mit den CSDs überall im Land, auch bundesweit. [...] Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz hätte längst um den Passus der sexuellen Orientierung erweitert werden müssen. Dass das [...] nicht gelungen ist, bedauere ich zutiefst. Und ehrlicherweise habe ich mit dem, was wir in Berlin – auch die Entscheidung der Bundestagspräsidentin, Frau Klöckner, zur Regenbogenfahne – erlebt haben, auch nicht die Hoffnung, dass es in dieser Legislatur gelingt. Ich frage mich aber – und, liebe Katy (Hoffmeister, CDU), das musst du mir erlauben –: Wie sehr will man Hass und Hetze gegen die queere Community eigentlich noch legitimieren, indem man vor Rechten einknickt?

[...] Wäre es nicht gerade jetzt, wo die Gewalttaten [...] gegen die queere Community wieder steigen, ein besonders starkes Zeichen gewesen, wenn auch klar wird, dass in Deutschlands Herzkammer der Demokratie queere Gruppen existieren, insbesondere, wenn wir uns klarmachen, dass es hier um die Vielfalt unserer freiheitlichen Werte geht?

(Beifall Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es braucht die Erweiterung des Artikels 3 Absatz 3 Grundgesetz, und ich hoffe, die CDU besinnt sich hier eines Besseren.

[...] Vielen Dank!

Katy Hoffmeister, CDU



Foto: Danny Gohlke

[...] Respekt, Freiheit, Verantwortung und das verbindende Band des Gemeinwesens, das nicht an Gruppen denkt, sondern an das gegenseitige Miteinander eines jeden, dafür, meine Damen und Herren, zu werben, ist aus meiner Sicht das Gebot der Stunde.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Julian Barlen, SPD: Ja.)

[...] Das ist unser christliches Menschenbild und das ist die Zeichnung des Bildes, das unser Grundgesetz vorgibt und das aus unserer Sicht auch überhaupt nicht verhandelbar ist. Und das, ob Angriffe auf queere Menschen, auf Juden, Muslime, Christen, Ehrenamtler, Einsatzkräfte, wer Gewalt ausübt, meine Damen und Herren, dem hat der Rechtsstaat mit Entschlossenheit zu begegnen.

[...] In einer Zeit allerdings, in der Extreme geneigt sind, sich gegenseitig hochzuschaukeln, dürfen wir gerade nicht auf Polarisierung und auf Spaltung setzen, meine Damen und Herren. Gerade das Thema „queeres Leben“ wird von verschiedenen Seiten gern in dem einen oder anderen Sinne benutzt.

(Julian Barlen, SPD: Jetzt ist die Einigkeit woanders.)

Die einen malen ein Bild der permanenten Einschüchterung und Bedrohung, und zwar ausschließlich. Die anderen reden offen und abwertend über queere Menschen und versuchen, Ängste zu schüren, wo eigentlich Offenheit herrschen sollte. Beide, meine Damen und Herren, polarisierenden Seiten, vor allem aber in der Art und Weise, sind Gift für unser Land und können es sein und werden. Und diesem Gift setzen wir als CDU den Weg der Vernunft entgegen.

Und deshalb zweifle ich ehrlich gesagt auch an dieser Stelle noch mal an der Art und Weise und vor allem an dem Zweck dieser Debatte. Freiheit und Akzeptanz wird nicht gewonnen durch spaltende Debatten. [...] Menschenwürde und freie Entfaltung der Persönlichkeit entscheidet sich nach unserer Auffassung nicht am Ende eines Fahnenmastes, das will ich hier deutlich sagen, sondern ergibt sich aus dem Grundgesetz und der inneren Verfasstheit einer Gesellschaft. Wir sind ein Land der Freiheit, nicht der Symbole, und wenn es nach uns geht, soll das auch so bleiben.

Ein Wort zur Entscheidung der Bundestagspräsidentin, weil Sie das angesprochen haben, Frau Schmidt. Ich kann diese Entscheidung nachvollziehen. Es ist ja nicht so, dass die Regenbogenfahne überhaupt gar nicht über dem Bundestagsgebäude weht,

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)

sondern tatsächlich am 17. Mai, und das auch völlig zu Recht, [...] nämlich am Tag, am Tag gegen Homophobie, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit. Und da ist es auch richtig und angemessen. Und der Unterschied zwischen einer Bundestagspräsidentin und einer Ministerpräsidentin beziehungsweise einer Ministerin ist Ihnen auch klar, die Bundestagspräsidentin ist auf Neutralität ausgerichtet [...]

Und ich will noch einen Satz in diesem Zusammenhang sagen: Sie alle wissen, wie das Gebot heißt für die Beamten und vor allem für die Bediensteten im öffentlichen Dienst, nämlich auch da gilt Neutralitätsgebot und auch da gilt Mäßigungs- und Zurückhaltungsgebot, und zwar nicht nur im Übrigen im Dienst – und die Veranstaltung sollte in der Dienstzeit stattfinden –, sondern natürlich auch außerhalb des Dienstes. Und insofern kann ich die Entscheidung der Bundestagspräsidentin genauso nachvollziehen wie die der Bundesministerin Prien, die am CSD teilnimmt, nämlich in anderer Funktion, als Ministerin.

[...] Fragen wir uns doch bitte nicht permanent, was uns trennt, sondern endlich, was uns zusammenhält und wie wir das gestalten können, und vor allem auch das, wie wir es schützen können! [...]

■ Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Als bündnisgrüne Landtagsfraktion wollen wir in einem Land leben, in dem alle Menschen in ihrer Vielfalt gesehen, geschützt und gefeiert werden, nicht nur am CSD, sondern jeden Tag.“



Foto: Danny Gohlke

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! In der heutigen Aktuellen Stunde geht es um ein Thema, das nicht nur tagespolitisch wichtig ist, sondern das einen Kernbereich unserer Gesellschaft betrifft. Der Schutz queeren Lebens ist zugleich eine wesentliche Antwort auf die Frage, in was für einem Land wir leben wollen, denn queeres Leben ist in Deutschland auch im Jahr 2025 noch immer nicht selbstverständlich. Es ist sichtbar, aber oft nicht sicher. Es ist rechtlich anerkannt, aber politisch nicht unangefochten. Der Ton in unserem Land hat sich verändert. Die Anzahl der Übergriffe, der Straftaten gegen queeres Leben, gegen queere Menschen steigt, und zwar stark, laut dem Bundeskriminalamt zwischen 2022 und 2023 bundesweit um 50 Prozent.

[...] Queerfeindliche Propaganda und Aktionen haben sich zum zentralen Thema der internationalen Rechten entwickelt. Schon Wladimir Putin hat queere Menschen gezielt zur Zielscheibe gemacht, mit dem Gesetz gegen sogenannte Homopropaganda und der Kriminalisierung jeder Form der queeren Sichtbarkeit. Das Ziel war immer Angst, Kontrolle und Unterdrückung. Donald Trump setzt in den USA heute genau an diesem Punkt an mit Versuchen, Transpersonen aus dem öffentlichen Leben zu drängen, mit Angriffen auf die medizinische Versorgung und der Leugnung queerer Lebensrealitäten. Auch das ist kein Zufall, es ist Teil eines rechten Kulturkampfs. Und in Europa,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

und in Europa, in Budapest wurde der CSD verboten, nicht etwa, weil es konkrete Gefahren gab, sondern weil queere Sichtbarkeit politisch nicht gewollt war. Das ist die Richtung, in die sich autoritäre Systeme bewegen, und es ist die Richtung, in der auch die AfD unterwegs ist.

[...] Die Bühne, die solchen Haltungen gegeben wird, ist die gleiche Bühne, auf der Hass wächst, der am Ende in Gewalt mündet. [...] Die Mitglieder der queeren Community möchten sichtbar sein und sicher leben und Partnerschaften als persönlich, frei und nicht relevant für die gesellschaftliche Anerkennung verstanden wissen.

Doch jetzt haben viele von ihnen Angst und verstecken sich und ihre Liebsten. Angst und Einsamkeit machen krank. Was macht die Entwicklung, die unser Land gerade nimmt, mit einem Teenager, der sich outen möchte? Was ist mit älteren schwulen Pärchen, die eigentlich gerne öffentlich Händchen halten wollen, aber sich nun sorgen, angegriffen zu werden? Was macht das mit Menschen im Bildungssystem oder am Arbeitsplatz, wenn queerfeindliche Witze normal sind und Lehrkräfte oder Vorgesetzte weghören, wenn Hasskommentare in sozialen Medien und Angriffe auf queere Treffpunkte zunehmen? Es verhindert, dass Menschen sich frei entfalten.

[...] Wenn Fortschritte wie das Selbstbestimmungsgesetz oder das neue Abstammungsrecht mit absurden Argumenten bekämpft werden, dann ist das ein Rückschritt, nicht nur juristisch, sondern auch gesellschaftlich. Das, was in den letzten Jahren mühsam erkämpft wurde, darf heute nicht erneut wieder zur Debatte stehen. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung als Staat und als Gesellschaft, queere Menschen, queere Veranstaltungen und queere Freiräume besser zu schützen, durch Worte und auch durch Taten.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Als bündnisgrüne Landtagsfraktion wollen wir in einem Land leben, in dem alle Menschen in ihrer Vielfalt gesehen, geschützt und gefeiert werden, nicht nur am CSD, sondern jeden Tag.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Barbara Becker-Hornickel, FDP



Foto: Danny Gohlke

[...] Ich finde es traurig [...] und ich finde es [...] entsetzlich, dass die Bedrohung queeren Lebens [...] Realität in unserem Land ist [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und René Domke, FDP)*

[...] Wie die letzten Zahlen zeigen, sind die Angriffe im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 40 Prozent gestiegen. Das ist einer toleranten, offenen Gesellschaft nicht würdig.

Es geht uns heute um das queere Leben in unserem Land, um Selbstbestimmung, um Sichtbarkeit und um wachsende Bedrohung von Extremisten, die sich zunehmend offen gegen

genau diese Werte richten. Der Christopher Street Day steht wie kein anderes Ereignis für Vielfalt, für Gleichberechtigung, für Freiheit. [...] Dieser Tag ist Mahnung und Feier zugleich. Er erinnert an Jahrzehnte des Kampfes gegen Diskriminierung und Ausgrenzung und daran, dass dieser Kampf längst nicht vorbei ist.

Erschreckend ist, dass in Teilen der Gesellschaft eben nicht die nötige Toleranz für unsere Mitmenschen vorhanden ist. Das ist nicht nur eine Bedrohung für einzelne Menschen, es ist eine Bedrohung für unsere freiheitliche Gesellschaft insgesamt. [...]

[...] Es ist die Aufgabe des Rechtsstaats, die Freiheit zu garantieren, und unsere gemeinsame Verantwortung, sie zu verteidigen. [...]

[...] wer den Rechtsstaat verteidigen will, muss Haltung zeigen, wo er besonders herausgefordert wird, gegen die Feinde der Demokratie. Wir setzen ein Zeichen für Respekt, Sicherheit, für die Freiheit, so zu leben und zu lieben, wie man ist, gegen jene, die genau das mit Hass und Hetze und Gewalt bedrohen. Vielfalt ist nicht unsere Schwäche, sondern unsere Stärke. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke, der Gruppe der FDP und
Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

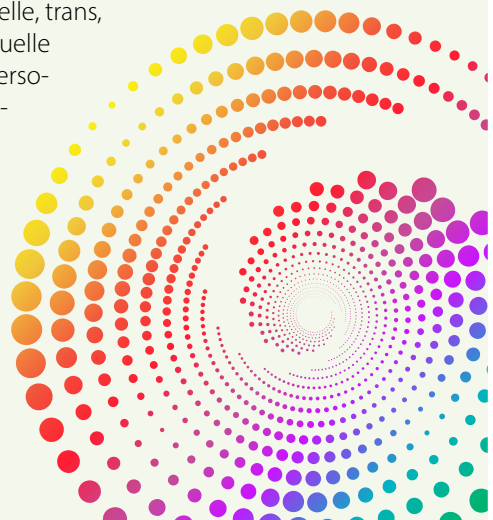
Stichwort CSD – Christopher Street Day

Der Ursprung der Demonstrationen zum Christopher Street Day (CSD) liegt in New York. In einer als Treffpunkt für Schwule bekannten Bar, dem „Stonewall Inn“, fand in der Nacht vom 27. auf den 28. Juni 1969 eine Polizeirazzia statt. Offen gelebte Homosexualität war damals verpönt, Barbesucher wurden regelmäßig verhaftet. Doch an diesem Abend gab es Widerstand gegen diese Maßnahme. Die „Befreiung“ der Christopher Street gilt heute als Ausgangspunkt für die weltweiten Veränderungen gegenüber der Homosexualität und anderen Formen sexueller Orientierung.

Menschen bekannten sich zu ihrer queeren Sexualität. Die weltweite Bewegung rief zu Toleranz auf und wandte sich gegen die Benachteiligung von queeren Personen. Ein Ausdruck dieser Bewegung sind die globalen jährlichen CSD-Demonstrationen. Der Regenbogen gilt als Symbol für diese Vielfalt. Die Regenbogenfahne wird als Symbol bei den CSD-Demonstrationen mitgeführt, an manchen Rathäusern weht an diesen Tagen diese Flagge.

Dabei ist LGBTQIA+ eine Abkürzung, die für unterschiedliche sexuelle Orientierungen und Geschlechtsidentitäten steht. Sie umfasst lesbische, schwule, bisexuelle, trans, queere, intersexuelle und asexuelle Personen. Das Pluszeichen steht für alle weiteren Identitäten, die nicht extra aufgeführt werden.

*(Quelle: u.a.
Bundeszentrale für
politische Bildung)*



Parlamentarische Premiere im Landtag MV

Drei FDP-Abgeordnete erhalten den Status einer Gruppe

Bei den Landtagswahlen 2021 gewann die FDP zwar keine Direktmandate, aber 5,8 Prozent der Wählerstimmen. Das ermöglichte fünf Kandidaten der FDP-Landesliste den Einzug in Fraktionsstärke. Im September 2024 wechselte Sabine Enseleit zur CDU und im Mai 2025 verließ Sandy van Baal die Fraktion. Laut Landesverfassung braucht es mindestens vier Abgeordnete zur Fraktionsbildung. Darum bestritten die verbliebenen Politiker Barbara Becker-Hornickel, René Domke und David Wulff die Mai-Sitzungswoche als fraktionslose Abgeordnete. Im Juni beantragten sie für den Rest der Legislatur den Status einer Parlamentarischen Gruppe – ein Fall, der im Landtag MV bisher nicht vorkam. Das Ansinnen wurde von den Regierungsfractionen mitgetragen, einschließlich eines Änderungsantrages der drei Abgeordneten, der ihre Pflichten konkretisierte. Verbunden mit der Auflösung der FDP-Fraktion brachte die Regierungskoalition einen Antrag zur Verkleinerung der Ausschüsse oder Kommissionen von 13 auf 12 beziehungsweise von neun auf acht Mitglieder zur Abstimmung.

Die Zusammensetzung dieses Landtags resultiere aus dem Wahlergebnis von 2021, gab **David Wulff** (fraktionslos) zu beachten. Damals stimmten 52.963 Menschen für eine Vertretung der „Idee der Freiheit“ und des „Konzepts des Liberalismus“ auf Landesebene. Die jetzigen drei FDP-Abgeordneten repräsentierten weiterhin diesen Wählerwillen. Darum wollen sie trotz Verlusts des Fraktionsstatus weiterhin als „die offiziellen Vertreter der FDP“ im Landtag gelten. Es sei ihnen bewusst, dass die Anerkennung als Parlamentarische Gruppe mit „deutlichen Abstrichen“ bei Redezeit oder finanzieller Ausstattung einhergehe, betonte David Wulff. Doch auch im Bundestag oder anderen Landesparlamenten arbeiteten Parlamentarische Gruppen. Hingegen kenne die Geschäftsordnung des Landtags von MV keine Regelung hierfür. Darum werde der Antrag „in aller Demut vor diesem Haus“ und den Wählern gestellt. Mit dem Änderungsantrag solle unterstrichen werden, dass die drei Abgeordneten ihre Pflichten hinsichtlich Rechenschaftslegung oder Mittelverwendung ernst nehmen.

Von einer Gruppe oder „einem Sonderstatus für drei Abgeordnete“ stehe nichts in der Landesverfassung oder Geschäftsordnung, stellte **Thore Stein** (AfD) klar. Er warf den drei Kollegen vor, Sonderrechte zu beantragen und es „nicht geschafft [zu] haben, ihren La-

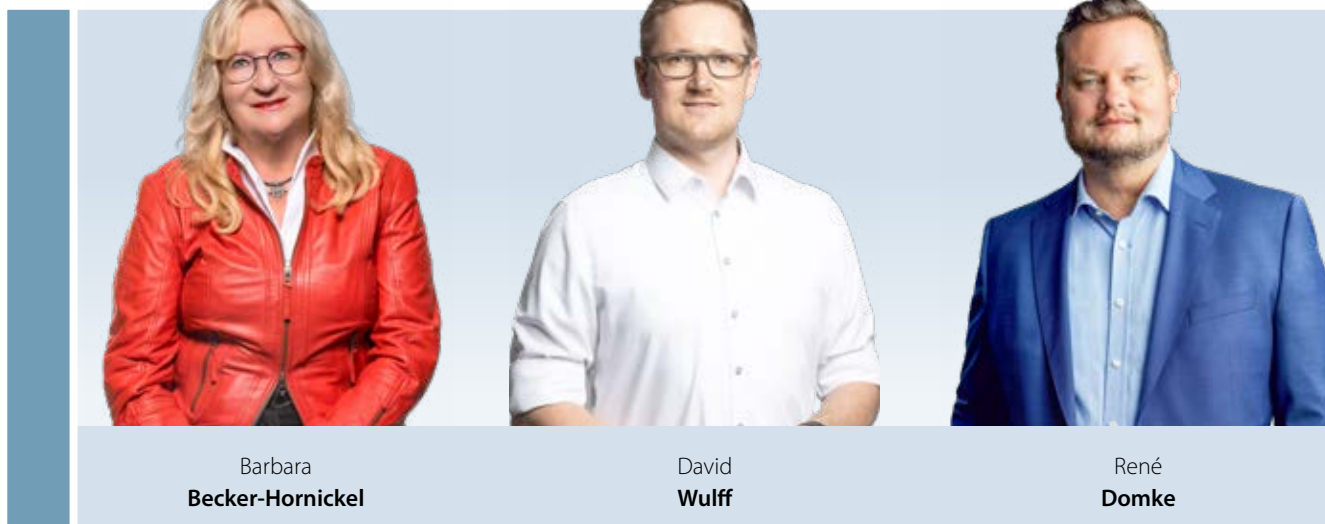
den zusammenzuhalten“. Auch ließ er den Verweis auf Bundestag und andere Bundesländer nicht gelten. Denn das Bundesverfassungsgericht klärte, dass ein Anspruch auf Gruppenstatus nur dann bestehe, wenn die Gruppenstärke zur Ausschussbesetzung berechtige. „Das ist hier auch nicht der Fall“, richtete er an David Wulff. Es handle sich um eine Kann-Regelung, die „rechtlich nicht herzuleiten“ sei. Thore Stein vermutete, dass es im Vorfeld eine Einigung mit den Regierungsfractionen gab und fragte, „zu welchem Preis“ diese zustande kam. Er erinnerte die FDP an ihre Ablehnung von Vertretern der AfD in wichtigen Kontrollgremien oder bei der Wahl der Vizepräsidentin des Landtags. Darum gebe es von seiner Fraktion „keinerlei Bereitschaft“, diesem Ansinnen „auch nur ein kleines Stückchen entgegenzukommen“.

Weder Landesverfassung noch Abgeordnetengesetz oder Geschäftsordnung des Landtags sehen eine Parlamentarische Gruppe vor, führte **Sebastian Ehlers** (CDU) wie sein Vorredner an. Er vertrete die Ansicht, dass jeder Abgeordnete sein Mandat auch ohne Fraktionsstatus „gut ausüben kann“. Mit dem heutigen Beschluss werde ein „Präzedenzfall“ geschaffen, der künftig „in jeder anderen Konstellation einklagbar sein wird“, gab der Parlamentarier zu bedenken. Das, was nun auf den Weg gebracht werde, betrachte

er als eine „Fraktion light“, selbst wenn einige Rechte entfielen. Es wäre besser gewesen, „diese Frage grundsätzlich zu klären“ – entweder durch eine Klage der FDP oder mit Änderungen in der Landesverfassung und Geschäftsordnung. Mit der jetzigen Vorgehensweise sollen die internen Probleme der FDP gelöst werden. Das lehne seine Fraktion ab, genauso wie den Antrag von SPD und Die Linke zur Verkleinerung der Ausschüsse. Abschließend richtete Sebastian Ehlers die „Erwartung“ und „Bitte“ an die FDP, ihrer Oppositionsrolle weiterhin gerecht zu werden.

Seine Fraktion habe ihre Position zu dem Antrag intensiv abgewogen, versicherte **Torsten Koplin** (Die Linke). Im Ergebnis wurde es „für gut und richtig“ befunden, den drei FDP-Politikern „aus demokratiepolitischen Gründen“ den Status einer Gruppe zu gewähren. Zum einen wolle eine „beachtliche Anzahl“ von Wählern in MV „eine liberale Stimme“ im Parlament. Deren Wirksamkeit hänge auch von Rahmenbedingungen ab. Die Argumentation seiner Vorredner, Geschehnisse der Vergangenheit jetzt aufzurechnen, teilte Torsten Koplin nicht. „Das ist nicht unsere Art und Weise der Sicht auf Politik“ und auch nicht „auf Pluralismus in dieser Gesellschaft“. Genauso werde er nicht in den Kanon des „selbstverursachten Leids“ einstimmen. Torsten Koplin unterstrich, dass die finanziellen Ressourcen für die Gruppe unter denen einer Fraktion lägen und sich „maßvoll“ gestalteten. Entscheidend bleibe die Wahrung der Vielfalt. Darüber hinaus befürworte Die Linke, dass die verbliebenen Fraktionen nicht überproportional vertreten seien.

Der Antrag der drei fraktionslosen Abgeordneten der FDP verlange eine „sorgfältige Prüfung“, mahnte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Ihre Fraktion respektiere den Willen, sich zu organisieren und nehme keine Bewertung vor, warum es die FDP-Fraktion nicht mehr gebe. Auf persönlicher Ebene sei die Enttäuschung der ehemaligen Fraktionsmitglieder



Barbara
Becker-Hornickel

David
Wulff

René
Domke

Die Abgeordneten Barbara Becker-Hornickel, David Wulff und René Domke gehören zukünftig der Gruppe der FDP an.

Fotos: Archiv/Landtag MV

verständlich. Dennoch gebe es keine „beliebigen Grenzen“ dessen, was der Landtag an „Rechten und Ressourcen“ vergeben sollte. Da es für die FDP keinen verfassungsrechtlichen Anspruch auf einen Gruppenstatus gebe, wäre es „falsch“, geltende Regeln kurzfristig zu verändern, „weil wir subjektiv das Gefühl haben, der FDP helfen zu wollen“. Zudem fordere der Antrag „faktisch“ eine Gleichstellung mit einer Fraktion. Gerade der kurzfristig eingereichte Änderungsantrag gehe hier „deutlich zu weit“. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne beide Anträge ab, da hier ein Präzedenzfall geschaffen werde. Die von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Anpassungen der Sitzverteilung der Ausschüsse unterstütze ihre Fraktion.

David Wulff (fraktionslos) entgegnete Jutta Wegner, dass der Änderungsantrag Pflichten und Rechte umfasse, also „reine Formalia“, aber auf keinen Fall Zusatzentschädigungen. Er dankte Torsten Koplin für die kollegiale Zusammenarbeit, die von einem „klaren Demokratieverständnis“ geprägt war. Die Argumentation, dass es den Gruppenstatus nur dann geben kann, wenn die Anzahl der Abgeordneten zu einem Ausschusssitz berechtige, funktioniere hier nicht, brachte David Wulff an. Zum einen beziehe sich dies auf die „deutlich größeren“ Bundestagsausschüsse. Zum anderen hätten dann der vorherigen FDP-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im aktuellen Landtag auch kein Ausschussplatz zugestanden. Das habe eine Abweichung von der Geschäftsordnung ermöglicht.

Dem Politiker war wichtig klarzustellen, dass er und seine beiden Mitstreiter keine Abspaltung darstellten, sondern diejenigen Abgeordneten, die 2021 gewählt wurden. Wenn der CDU an einer starken FDP in der Opposition liege, dann möge sie diesen minimalen Mitwirkungsmöglichkeiten zustimmen.

„Am Ende geht es hier um eine Abwägung“, schlussfolgerte **Philipp da Cunha** (SPD). Da sich die drei Kollegen keiner anderen Fraktion anschließen können, um ihre in der Wahl 2021 formulierten Ziele zu verfolgen, handle es sich „tatsächlich“ um einen neuen Fall. Philipp da Cunha interpretierte die früheren „höchststrichterlichen Entscheidungen“ im Sinne der FDP. Demnach sei es „verfassungsrechtlich geboten“, dass „erfolgreiche Wahlbewerber“ auch dann bei ihrer parlamentarischen Arbeit Unterstützung erhielten, wenn sie die Mindestgröße für eine Fraktion verfehlten. Wichtig bleibe, den Unterschied zwischen Gruppe und Fraktion zu wahren. Dazu gehörten auch die Pflichten, die im Änderungsantrag festgeschrieben wurden. Unter diesen Bedingungen könne seine Fraktion zustimmen und als Schlussfolgerung daraus auch der Verkleinerung der Ausschüsse um jeweils einen Sitz. Einzig die Enquete-Kommission behält ihre Größe von 25 Mitgliedern und das Vorschlagsrecht wechselt von der Fraktion der FDP hin zur Gruppe der FDP. „Wir denken, das ist ein guter Weg“, zeigte sich der Abgeordnete zufrieden.

Dem Änderungsantrag und dem Antrag der drei Abgeordneten Barbara Becker-Hornickel, René Domke und David Wulff stimmten Die Linke, SPD, die fraktionslose Abgeordnete Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner und die Antragssteller zu. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und AfD lehnten beide Anträge ab, konnten damit aber nicht die Annahme verhindern.

Dem Antrag der Regierungsfractionen stimmten die Antragssteller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Gruppe der FDP und die fraktionslose Abgeordnete Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner zu. Trotz Gegenstimmen der CDU und der Enthaltung der AfD passierte der Antrag den Landtag.

mye

a) Antrag der Abgeordneten Barbara Becker-Hornickel, René Domke und David Wulff, fraktionslos
Drucksache 8/5010
hierzu

Änderungsantrag der Abgeordneten Barbara Becker-Hornickel, René Domke und David Wulff, fraktionslos

Drucksache 8/5071
in Verbindung mit:
b) Antrag SPD und Die Linke
Drucksache 8/5011

Hintergrund: Freie Demokratische Partei – „Fraktion“ oder „Gruppe“?

Die Rechtslage scheint klar zu sein: Mit dem Austritt Sandy van Baals aus der Fraktion der FDP verliert sie ihren Fraktionsstatus. Mit fünf FDP-Abgeordneten im Jahr 2021 gestartet, ist nach dem Schwund (ein Fraktionsmitglied wechselte zur Fraktion der CDU und ein Fraktionsmitglied trat aus der Fraktion aus) die Schwelle für die Bildung einer Fraktion unterschritten. Mindestens vier Abgeordnete müssen sich laut Artikel 25 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung des Landes zur Bildung einer Fraktion zusammenschließen.

Doch warum nun eine „Gruppe“? Es ist nicht so einfach – aus einer

Fraktion mit vier Mitgliedern (bzw. ursprünglich fünf Mitgliedern) ist nun eine „Gruppe“ von drei Abgeordneten geworden. Weder die Verfassung noch das Abgeordnetengesetz noch die Geschäftsordnung erkennen ausdrücklich diese Ausnahme an, die mit dem Antrag der drei fraktionslosen Abgeordneten auf Drucksache 8/5010 (mit dem Änderungsantrag auf Drs. 5/5071) mehrheitlich angenommen worden ist. Die Anerkennung des „Gruppenstatus“ ist verbunden mit einer Reduzierung der parlamentarischen Rechte: Anerkennung als „beratende Mitglieder“ in drei Ausschüssen und dem Petitions-

ausschuss, die Möglichkeit, dort Sondersitzungen, Beratungsgegenstände, Anhörungen bei überwiesenen Vorlagen beantragen zu können, zu Ältestenratssitzungen eingeladen zu werden, Redezeiten, Aussprachen, namentliche Abstimmungen etc. (siehe Antrag auf Drs. 8/5010) – das sind alles Rechte, die die Abgeordneten der „Gruppe der FDP“ nicht als fraktionslose Abgeordnete hätten (vgl. § 11 Abs. 3 der Geschäftsordnung), ebenso wie die Pflichten (vgl. auch den Änderungsantrag auf Drs. 8/5071 sowie den Antrag auf Drs. 8/5010). Auch die monatlichen finanziellen Mittel der Gruppe der FDP, die ihr für die parlamentarische Arbeit zur Verfügung stehen, reduzieren sich um etwa die Hälfte.

Schulsozialarbeit bleibt in kommunaler Verantwortung

AfD-Fraktion wollte Integration der Schulsozialarbeit ins Schulgesetz

Die Schulsozialarbeit ist eine der tragenden Säulen bei der sozialen Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Im Sozialgesetzbuch ist geregelt, dass sie in kommunaler Hand liegt, die Finanzierung erfolgt über den Europäischen Sozialfonds. An diesem System sollte nicht gerüttelt werden, meinte die Mehrheit der Landtagsfraktionen und lehnte einen entsprechenden Antrag der AfD ab.

An den Schulen im Land gibt es nach Ansicht der AfD-Fraktion eine massive Gewalt- und Drogenproblematik. Als Folge davon müsse die Schulsozialarbeit dauerhaft neu aufgestellt und im Schulgesetz verankert werden, sagte **Enrico Schult** (AfD). Er berichtete von einer Schweriner Regionalschule, deren Schulleiter den Konsum von harten Drogen längst als eines der Hauptprobleme bezeichnete. Es gebe dort sogar Beschaffungskriminalität und Prostitution. „Derzeit ist die Schulsozialarbeit ein Angebot der Jugendhilfe, darüber entscheiden dann die Landkreise und die kreisfreien Städte eigenständig.“ Das Land bezuschusse die Schulsozialarbeit mit 50 Prozent aus dem Europäischen Sozialfonds

(ESF). Die Verankerung im Schulgesetz sei deshalb wichtig, da die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter bislang immer nur befristete Arbeitsverträge hätten. „Das ist für die Perspektive der Beschäftigten suboptimal“, sagte Schult. Der Bedarf sei da: 2021 hätten die Landkreise 243 Schulsozialarbeiter beantragt, 2024 waren es schon 344. Die Ursachen lägen auf der Hand. Es gebe eine starke Überlastung, ausgelöst teilweise durch Migration, Inklusion oder auch Lehrermangel. „Das führt zu Gewalt an Schulen, zu Drogen- und Alkoholproblemen.“ Im Schuljahr 2018/19 seien 500 Gewaltdelikte an den Schulen im Land registriert worden, heute seien es schon über 1000.

Seit mehr als 20 Jahren unterstütze das Land vor allem die Landkreise und kreisfreien Städte in der Förderung der Schulsozialarbeit in erheblichem Umfang, sagte Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD). „Die Schulsozialarbeit hat in MV als Jugendhilfeangebot in den Schulen eine enorm hohe Bedeutung.“ Schulsozialarbeit sei partizipationsorientiert und unabhängig und deshalb so erfolgreich. „Genau deshalb vertrauen sich viele Schülerinnen und Schüler den qualifizierten Jugendhilfe-Fachkräften an und sprechen über Dinge, die sie mit ihren Lehrerinnen und Lehrern oder gar der Schulleitung nicht besprechen könnten.“ Der AfD-Antrag will diese Unabhängigkeit beenden, die AfD will weisungsgebundene Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, die dem Land unterstellt sind“, sagte Drese. „Die AfD hat das Wesen der unabhängigen Schulsozialarbeit überhaupt nicht verstanden.“ Sie habe die große Aufgabe, junge Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung

zu unterstützen, indem sie dabei hilft, den Schulerfolg zu sichern, Übergänge erfolgreich zu gestalten oder die berufliche und gesellschaftliche Integration zu ermöglichen. Drese warf der AfD vor, das Thema Schulsozialarbeit unter ihre ideologischen Kampfbegriffe Migration und Inklusion pressen zu wollen.

Die Situation der Schulsozialarbeit sei nach wie vor nicht befriedigend, erklärte **Harry Glawe** (CDU). „Arbeitsverträge sind befristet und Schulsozialarbeit ist nicht flächendeckend überall qualitativ aufgestellt.“ Zudem gebe es oft Streitigkeiten zwischen Schulträgern, Gemeinden und den Kreisen. Glawe verwies auf das Sozialgesetzbuch (SGB) 8, nach dem Schulsozialarbeit in erster Linie eine kommunale Aufgabe sei. „Wenn die EU uns Geld dafür gibt, dann sollte man die EU nicht brüskieren und sagen: ‚Das Geld brauchen wir nicht.‘“ Nach Angaben des Sozialministeriums stellt das Land bis 2028 gut 55 Millionen Euro aus ESF-Mitteln den Kommunen zur Unterstützung der Schulsozialarbeit zur Verfügung stellt. Diese Mittel müssten von den Kommunen kofinanziert werden. Wie Glawe weiter ausführte, müsse bei der Bekämpfung von Drogen und Sucht statt der Schulsozialarbeit die Jugendsozialarbeit gestärkt werden. „Denn die findet vor der Schule statt und abends nach der Schule.“

„Dass wir es mit multiplen und auch größer werdenden Problemlagen an den Schulen zu tun haben, ist unbenommen“, sagte **Christian Albrecht** (Die Linke). Da gehe es nicht nur um Drogen und Gewalt, sondern auch um Rechtsextremismus, Mobbing, Leistungsdruck oder Probleme im Elternhaus, die die Schülerinnen und Schüler dann als Rucksack mit in die Schule bringen. Am Ende sei es auch eine Ressourcenfrage, die man seriös beantworten muss. „Das können Sie nicht und die Frage haben sie ja auch gar nicht gestellt“, sagte Albrecht in Richtung der AfD-Fraktion. Am Ende handele es sich bei dem Antrag um einen Aufhänger für die AfD-Ideologie. Er warf der AfD-Fraktion vor, sehr einfache, völlig unterkomplexe und auch teilweise falsche Annahmen zu den Ursachen dieser Probleme anzubieten. „Alles, was mit Vielfalt, Toleranz, Respekt oder Inklusion zu tun hat, das

ist Ihnen ein Dorn im Auge. Schuld sind wie immer Migration und Inklusion.“ Albrecht verwies auf eine Stellungnahme des Landesfachverbandes Schulsozialarbeit: „Die AfD scheint eine Doppelstrategie zu verfolgen, indem sie Schulsozialarbeit als notwendig anerkennt, aber gleichzeitig deren Funktion umdeutet.“ Die Schulsozialarbeit werde von einem partizipationsorientierten Hilfesystem zu einer staatlich gelenkten Erziehungsmaßnahme uminterpretiert.

Der Antrag sei ein entlarvender Blick auf das Weltbild der AfD, sagte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Es gehe ihr darum, einen Zugriff auf die Schulsozialarbeit zu erhalten und um diese zu regulieren und zu bestimmen, was dort gemacht wird. „Schulsozialarbeit sei weder parteipolitisch noch ideologisch.“ Auch Wegner zitierte aus der Stellungnahme des Landesfachverbandes Schulsozialarbeit, in dem es heißt: „Die von der rechtsextremen AfD unterstellte einseitige politische Ausrichtung der Schulsozialarbeit gibt es nicht.“ Schulsozialarbeit sei so vielseitig, wie die Schulen des Landes und die dort beschäftigten Fachkräfte. Wegner betonte, dass weder die Inklusion noch die Migration Ursachen für vermehrte Gewaltvorfälle an den Schulen seien. Ursache für die Unsicherheiten und Gewaltvorfälle seien vielmehr Hass, Hetze, Gewaltverherrlichung, Spaltereien und das Schüren von Ängsten. Wegner sagte in Richtung der AfD: „Die Angst vor dem Fremden kann man mit Spaltung nicht besiegen, nur die Werte Akzeptanz, Toleranz und Wertschätzung können unsere Gesellschaft zusammenhalten.“ Die Schulsozialarbeit trage einen wesentlichen Anteil dazu bei.

MV habe sich nach Worten von **Mandy Pfeifer** (SPD) dazu entschieden, die Schulsozialarbeit in kommunale Verantwortung zu geben. „Diese Entscheidung hat nichts damit zu tun, dass sich das Land aus der Verantwortung nehmen will.“ Die Schulsozialarbeit beziehungsweise die Jugendsozialarbeit am Standort Schule sei ein Teil der Jugendhilfe, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter müssten auf die Themen eingehen, die vor Ort bestehen. „Welche Themen das sind, das muss regional entschieden, begleitet

und gelöst werden.“ Für die Zielgenauigkeit des Angebots helfe eine reine Landeszuständigkeit also nicht. „Das Land lässt die Kommunen dabei aber nicht im Regen stehen“, sagte Pfeifer. Es unterstütze die kommunale Ebene mit ESF-Mitteln. Zur Wahrheit gehöre auch, dass Schulsozialarbeit noch nicht in allen Regionen des Landes und an jeder Schule etabliert sei. Zudem müssten die Fördermittel des Landes kommunal kofinanziert werden. Jeder Euro, der vom Land in Anspruch genommen werden soll, müsse mit einem kommunalen Euro gegenfinanziert werden. „Ich bitte all diejenigen, die Verantwortung in der kommunalen Ebene tragen, an dieser Stelle nicht an unserer Zukunft zu sparen.“

Die Schulsozialarbeit sei ein wertvoller und zentraler Bestandteil ganzheitlicher Bildungs- und Erziehungsarbeit, sagte **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP). „Sie verbindet Schule und Jugendhilfe und genau das ist ihre Stärke.“ Die AfD ziele auf eine Entkopplung beider Systeme und wolle die Schulsozialarbeit in das Schulgesetz überführen. „Damit würde sie zu einem verlängerten Arm der Schulleitung: weisungsgebunden, pädagogisch eingeschränkt und weniger flexibel.“ Das Thema Gewalt an Schulen müsse nochmal mit aller Entschiedenheit und mit der gebotenen Ernsthaftigkeit und differenzierten Maßnahmen angegangen werden. „Wir wollen, dass Schulen mit eigenen Budgets und Entscheidungsspielräumen ausgestattet werden, inklusive der Möglichkeit, passgenau und bedarfsgerecht multiprofessionelle Teams zusammenzustellen“, sagte Becker-Hornickel. Das bedeute nicht Einheitslösungen von oben, wie die AfD-Fraktion vorgeschlagen habe, sondern bedarfsgerechte Unterstützung vor Ort, durch mehr Kooperation mit Jugendhilfe und anderen sozialen Diensten.

Der Antrag wurde bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD ansonsten Ablehnung abgelehnt.

mgl

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 8/4879



Vom 1. August 2025 bis zum 30. April 2026 ist die Strecke zwischen Berlin und Hamburg aufgrund einer Generalsanierung für den Zugverkehr voll gesperrt.

Foto: nordreport

Antrag zur Sperrung der Bahnverbindung

Generalsanierung der Bahntrasse Hamburg-Berlin

Am 1. August 2025 ist es so weit. Die 287 Kilometer lange Bahnverbindung Hamburg-Berlin wird für neun Monate komplett gesperrt. 81 Kilometer der Schienen verlaufen durch das westliche Mecklenburg. Das bringt für Pendler, Durchreisende und den Güterverkehr gravierende Einschränkungen. Obwohl sich Bund, Länder und Deutsche Bahn in der Planung abgestimmt haben, bestanden nach Ansicht von SPD und Die Linke noch immer Unklarheiten bei der Finanzierung, Qualität und Verfügbarkeit des Schienenersatzverkehrs. Besondere Sorge bereitete der Aufschub der Installation des europaweit einheitlichen European Train Control Systems (ETCS). Darum forderte die Regierungskoalition in ihrem Antrag die Einhaltung aller Vereinbarungen. Dafür müssten auch Mittel des Bundes-Sondervermögens in Betracht gezogen werden. Mit einem Änderungsantrag drang die CDU auf mehr Klarheit in den Forderungen sowie der Finanzierung der gesamten zugesagten Generalsanierung.

Ein „zuverlässiger“ Schienenverkehr sei der SPD wichtig, bekräftigte **Marcel Falk** (SPD). Doch zweifle seine Fraktion, dass Bund und Deutsche Bahn die Absprachen zur Generalüberholung eines der „wichtigsten Verkehrswege im Land“ einhielten. Denn „Schritt für Schritt“ weiche die Bahn ihre Pläne auf. Aus 20 neuen Überleitstellen wurden sechs, aus sanierten Bahnhöfen wurden „Schönheitskorrekturen“ und das ETCS habe die DB InfraGO „gleich ganz abgesagt“. Ähnlich sehe es beim Schienen-

ersatzverkehr aus. Statt 200 sei nun von 173 Bussen die Rede und die Expressbusse könnten sogar wegfallen. Marcel Falk sah die Verantwortung dafür auch beim Bund. Dieser sicherte die Generalsanierung mit einem Kredit ab. Um die zwischenzeitlich gestiegenen Sanierungskosten aufzufangen, wurde der Umfang der Arbeiten reduziert und das Projekt drohe aufs „Abstellgleis“ zu geraten. Darum „ist es allerhöchste Eisenbahn“, bei Bund und Bahn auf die Einhaltung ihrer Versprechen zu pochen.

„Operation am offenen Herzen“ nannte Wirtschaftsminister **Dr. Wolfgang Blank** (parteilos) die Generalsanierung, da die Bahn ein so wichtiges Infrastrukturprojekt in dieser Form zum ersten Mal umsetze. Darum begrüßte der Minister den Antrag, benenne er doch „klar“ die Herausforderungen und „berechtigten Forderungen“. Beim Austausch mit den anderen betroffenen Bundesländern wurden vier zentrale Probleme herausgearbeitet. Dazu gehöre, dass die Bahn den Ersatzverkehr entweder per Schiene oder per Straße finanzieren wolle, aber nicht beides. Dabei habe sich der Bund zu kombinierten Lösungen bekannt. Weitere Punkte betrafen die Arbeiten an den Oberleitungen und Bahnhöfen oder dass die Regionen während der Sanierung nicht „vom Fernverkehr abgehängt werden“ und der Güterverkehr „nicht unter die Räder gerät“. Hier bedürfe es eines gemeinsamen Herangehens, verdeutlichte Dr. Wolfgang Blank. Denn die Generalsanierung „muss gelingen“.

Angesichts der Bedeutung der Generalsanierung stelle der Antrag einen

„Katalog guter Absichten“ dar und „verschleierte“ die Kernprobleme, kritisierte **Stephan Reuken** (AfD). Aus Sicht der AfD sei es „ein Skandal“, dass kurz vor Baubeginn keine Finanzierungszusage des Bundes vorliege. Der Vorschlag, für die Installation des ETCS auf das Sondervermögen zurückzugreifen, sei richtig, komme aber reichlich spät. Der Bund müsse „ohne Wenn und Aber“ die volle Sanierung und den Ersatzverkehr finanzieren. Die Hauptgründe „für die ganze Misere“ liegen aber in den „strukturellen Schwächen“ der Bahn. Sie „ist ein bürokratisches Monstrum, das unter Missmanagement und politischer Einflussnahme leidet“ und „grundlegende Dinge“ wie Effizienz, Transparenz und Wettbewerb vermissen lasse. Der Antrag sei zwar im Grunde richtig, bleibe aber im „Nebel der Selbstverständlichkeiten“ ein Schaufensterantrag. Die AfD werde sich darum enthalten.

Natürlich sei die Generalsanierung „richtig und wichtig“, stimmte der Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** (CDU) zu. Allerdings stelle sich jetzt heraus, dass der angekündigte Hochleistungskorridor „faktisch eine reine Oberbauinstandsetzung“ werde, schlussfolgerte der Abgeordnete und fügte hinzu: „Das reicht tatsächlich nicht aus.“ Wenn der Bürger nach neun Monaten Sperrung eine „Halbsanierung“ bekomme, führe das natürlich zur Politikverdrossenheit. Daniel Peters war auch nicht damit einverstanden, dass der Minister die Probleme „am Rande“ der nächsten Verkehrsministerkonferenz ansprechen wolle. Angesichts der vielen Probleme habe seine Fraktion einen Änderungsantrag eingebracht, der die Punkte einer „vollständigen und effektiven Sanierung“ klar adressiere. Es brauche ein Konzept und eine gesicherte Finanzierung aus den Infrastrukturmitteln oder dem Sondervermögen. Mit dem CDU-Antrag bekomme „das Grundlagen richtig Klarheit“, versicherte der Politiker.

Christian Albrecht (Die Linke) begründete, warum der Antrag „nicht nur richtig, sondern auch dringend notwendig“ sei. Die Linke sage „deutlich“, dass die Generalsanierung „alternativlos“ sei, aber nur gelinge, wenn sie „transparent und mit ausreichendem

Schienenersatzverkehr“ umgesetzt werde. Doch kurz vor Beginn der Arbeiten bestünden „Informationslücken“ darüber, wie der Ersatzverkehr „konkret aussehen wird“. Auch beim Güterverkehr, der „ohnehin schon unter Druck“ stehe, seien Fragen zu Ersatzwegen offen. Die Verschiebung des ETCS sei „ökonomisch nicht sinnvoll“ und halte die Bürger von der Bahnnutzung ab. Das Sondervermögen stünde zur Verfügung, betonte Christian Albrecht, darum solle es auch genutzt werden. Dieser Antrag „ist ein klares Signal an den Bund und die Deutsche Bahn“. Wenn die Menschen der Bahn wieder vertrauen sollen, „dann dürfen wir sie nicht im Regen stehen lassen oder im Stau des Ersatzverkehrs“.

„Die Generalsanierung der Strecke Berlin-Hamburg ist vorerst abgesagt“, stand für **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fest. Denn angesichts der „deutlich abgespeckten“ Pläne kann keine Rede von einem Hochleistungskorridor sein. In Anbetracht der langen Vollsperrung frage sie sich, ob diese Sperrung nicht verkürzt oder auf andere Art gestaltet werden könne. Neun Monate seien nur durch „einen substantiellen Qualitätssprung“ zu rechtfertigen, verdeutlichte die Abgeordnete. Darum fordere ihre Fraktion, die Notwendigkeit der Sperrung zu überprüfen. Jutta Wegner regte zudem an, über die Hauptgründe der reduzierten Baumaßnahmen nachzudenken. Es seien im Kern „fehlende Kapazitäten in der Bauindustrie“, die aufgrund „fehlender Planungssicherheit“ keine Investitionen tätigten. Es sei nun Aufgabe der Landesregierung, sich gegenüber der Bahn zu positionieren. Darum enthalte sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beim Antrag der Regierungsfaktionen, stimme aber dem CDU-Änderungsantrag zu.

David Wulff (Gruppe der FDP) unterstrich, dass die „Metropolregion Hamburg einer der wichtigsten wirtschaftlichen Motoren“ für MV sei. Das spiegle sich in der Finanzkraft vieler Kommunen im „Hamburger Speckgürtel“ wider. Darum müsse „dieser Motor weiter am Laufen“ bleiben, da für den westlichen Landesteil die Verbindung nach Hamburg „keine Option, sondern eine Lebensader“ sei. Hier hängen viele

Arbeitsplätze dran, deren Verlust „politisch“ nicht gewollt sei. Den Minister habe David Wulff so verstanden, dass er „Rückenwind“ für die Verhandlungen mit Bund und Bahn brauche. Doch es könne nicht immer nur auf Berlin geschaut werden. „Wer hier Mobilitätswende sagt, muss auch die Verantwortung für die Mobilität übernehmen“, richtete der Abgeordnete an die Antragsteller. Dem Änderungsantrag werde die Gruppe der FDP zustimmen. „Der macht vieles konkreter“. Doch auch die CDU stehe in der Pflicht, auf Bundesebene Druck zu machen.

Eine Kostprobe dessen, was nun bevorstehe, gab es schon 2024, als der Schienenverkehr in Westmecklenburg monatelang unterbrochen war, erinnerte sich **Christian Winter** (SPD). Er erlebte die „eklatanten Mängel“ und „teilweise chaotischen Zustände“ des Schienenersatzverkehrs persönlich. Das dürfe sich nicht wiederholen und darum brauche es diesen Antrag. Er stellte klar, dass die SPD seit Ende letzten Jahres mit den betroffenen Kommunen und der Deutschen Bahn an diesem Thema dran sei. Mit den anderen Bundesländern wurden „enge Bande geschmiedet“ und in gemeinsamen Schreiben die Position verdeutlicht. Die Bahn habe erste Lehren gezogen und in Schwerin ein Bürgerforum abgehalten und eine extra Homepage eingerichtet. Mit diesem Antrag soll der vernünftigen Umsetzung der Generalsanierung Nachdruck verliehen werden. Letztendlich zählt nur eins: „Dass man jetzt Vollgas gibt beim Bauen.“

Der Änderungsantrag der CDU wurde durch die Nein-Stimmen von SPD und Die Linke und bei sonstiger Zustimmung abgelehnt. Der Antrag von SPD und Die Linke wurde bei Zustimmung der Antragsteller und Ablehnung der fraktionslosen Abgeordneten sowie Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, Gruppe der FDP, AfD angenommen.

mye

Antrag SPD und Die Linke

Drucksache 8/5012

hierzu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 8/5081



Foto: shutterstock.co

Überdenken der Inklusionsstrategie gefordert

Keine Mehrheit für CDU-Antrag

Die Inklusion an den Schulen im Land stand in den vergangenen Jahren immer wieder auf der Tagesordnung des Landtags. Die CDU-Fraktion bezog sich bei ihrem neuen Antrag auf Widerstände und Sorgen aus Eltern- und Lehrerkreisen und forderte eine Neubewertung der bisher erzielten Schritte sowie den dauerhaften Bestand von Förderschulen.

Vor dem Hintergrund einer ihrer Ansicht nach unzureichenden Umsetzung der schulischen Inklusion im Land hat die CDU-Fraktion einen Antrag unter dem Titel „Inklusion mit Augenmaß – Ein Ja zur Inklusion ist kein Nein zu Förderschulen“ eingebracht. Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** berichtete von Eltern, die sich aus Sorge um ihre Kinder mit Behinderung an ihn gewandt hätten. „Auch Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich oftmals alleingelassen, überfordert und zunehmend auch frustriert.“ Peters kritisierte die Landesregierung, die zum zweiten Mal die Umsetzung der Inklusionsstrategie ausgesetzt habe, aber bereits zum zweiten Mal sei außer der Aussetzung nichts weiter getan worden. Gründe für die Verzögerungen seien fehlendes Lehrpersonal, fehlende bauliche Voraussetzungen und fehlende multiprofessionelle Teams. „Es reicht einfach nicht, nur Ziele zu formulieren, die Bedingungen müssen auch stimmen“, sagte Peters. Der Antrag sei kein Gegenentwurf zur Inklusion, sondern ein Plädoyer für eine realistische, gerechte und verantwortbare Umsetzung und eine Neubewertung der Inklusion. „Wenn Eltern Förderschulen für ihre Kinder als ideale Beschulungsform ansehen, warum sollten wir diesem Wunsch nicht gerecht werden.“ Es dürfe keine Schließung von Förderschulen geben, ohne eine tragfähige Alternative zu haben.

„MV befürwortet die Inklusion und MV erhält dennoch gleichzeitig flächendeckend Förderschulen und Förderlerngruppen sowie Schulen mit spezifischer Kompetenz und kleine und große Schulwerkstätten“, sagte Innenminister **Christian Pegel** (SPD) in Vertretung für Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (Die Linke). Darüber hinaus besuchten die Kinder an allen Grundschulen eine flexible Schuleingangsphase. Dort würden sie entsprechend ihren Voraussetzungen so gefördert, dass sie entweder innerhalb eines Jahres oder zwei Jahren oder wenn der Förderbedarf umfassender ist, innerhalb von drei Jahren in dieser Schuleingangsphase bleiben. Einem Sachbericht zufolge existieren an den Schulen viele erfolgreiche inklusive Konzepte, sagte Pegel. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mit der Aufnahme von über 5.000 geflüchteten Kindern und Jugendlichen habe dazu geführt, dass die beschlossene organisatorische Aufhebung der Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen bis Ende Juli 2030 verlängert wurde. „Die aktuellen Gespräche mit den Landkreisen und kreisfreien Städten zeigen, dass nur in Einzelfällen von der Verlängerung des Zeitraumes Gebrauch gemacht wird“, sagte Pegel. Insgesamt stellten das Land und die Landesregierung 296 Stellen für die Arbeit in inklusiven Bildungsangeboten bereit.

Die AfD habe das Thema Förderschulen schon sehr lange auf der Tagesordnung und dort auch Erfolge erzielen können, betonte **Enrico Schult** (AfD). „Offensichtlich ist jetzt auch die CDU zur Einsicht gekommen und will jetzt auf diesen Zug aufspringen.“ Die Förderschulen seien natürlich Orte gelebter Inklusion. Deshalb rebellierten die Eltern und wollten diese Förderschulen gerne erhalten. Die Vorteile lägen auf der Hand: „Kleine Klassen, Sonderpädagogen im Lehrerkollegium und auf Berufsorientierung ausgerichteter Unterricht.“ Mittlerweile stimmten viele Eltern mit den Füßen ab und nahmen ihre Kinder ohne Förderbedarf von der Regionalschule, sagte Schult. Der Grund dafür sei, dass die Regionalschulen mit den Widrigkeiten des Bildungssystems zu kämpfen haben. Dazu zählte Schult Disziplinprobleme, Migration oder Lehrermangel. Und jetzt kämen noch die Förderschüler in die Regionalschulen, alle Schüler würden inklusiv und gemeinsam beschult. „Das funktioniert natürlich nicht“, bekräftigte Schult. „Bei allem Verständnis für die Inklusion: Wir müssen auch an die leistungsstarken Schüler denken. Sie dürfen nicht auf der Strecke bleiben und müssen adäquat unterrichtet werden.“

„Lernen ist kein Wettbewerb, sondern ein gemeinsamer Weg“, erklärte die Fraktionsvorsitzende der Linken, **Jeannine Rösler**. In einem Klassenzimmer, in dem inklusiv unterrichtet wird, werde Solidarität nicht gepredigt, sondern gelebt. „Empathie wächst, Vorurteile schrumpfen, Vielfalt ist ein Gewinn.“ Inklusive Bildung sei nicht nur

gerecht, sondern pädagogisch klug und gesellschaftlich notwendig. Es sei jedoch klar, dass an den Voraussetzungen für gute inklusive Bildung weitergearbeitet werden müsse. „Es geht um Personal, Fortbildungen und Ausstattung“, sagte Rösler. Die Aufhebung der Förderschulen Lernen bedeute keinen Bruch, bestehende Lerngruppen blieben erhalten beziehungsweise würden neu eingerichtet. „Sonderpädagogische Expertise wird in die Regelschulen gebracht. Dort entstehen bedarfsgerechte Angebote“, betonte Rösler. Aktuell stünden fast 300 zusätzliche Lehrkräfte bereit, insbesondere für die Arbeit in inklusiven Bildungsangeboten für den gemeinsamen Unterricht. „Es gibt neue Lerngruppen mit dem Förderschwerpunkt Sprache sowie für Kinder mit sozial-emotionalem Unterstützungsbedarf.“

Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kritisierte den CDU-Antrag als Vollbremsung auf dem Weg zur inklusiven Beschulung. Die Tatsache, dass es heute an Personal, multiprofessionellen Teams oder Räumen mangle, sei keine neue Erkenntnis und schon seit langem abzusehen gewesen. „Die kleinen Fortschritte nun komplett anzuhalten und alles neu zu überdenken, wäre aber nicht nur eine verdammt schwache politische Leistung, sondern auch ein absoluter Rückschritt auf dem Weg zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Sie forderte, dass die Fristen im Schulgesetz einzuhalten seien. Der Aufbau eines inklusiven Schulsystems sei eine einmalige Chance, die

Leistungen der Kinder sowie ihre soziale und emotionale Entwicklung zu stärken. „Die Probleme liegen auf der Hand. Sie sind jetzt und nicht erst in einigen Jahren mit aller Kraft anzugehen und zu lösen.“ Das duale System von allgemeinen Schulen und Förderschulen müsse überwunden werden. Auf dem Weg dahin müssten alle Akteure mitgenommen werden.

Andreas Butzki (SPD) erinnerte an die Herausforderungen, mit denen die Schulen seit Beginn der Inklusionsstrategie zu kämpfen gehabt hätten. Dazu gehörten die Flüchtlingskrise 2016, die Coronapandemie 2020 bis 2022 oder die vielen ukrainischen Schülerinnen und Schüler, die nach 2022 hinzukamen. „Um die Schulen und Schulträger zu entlasten, wurde die Zeit der Umsetzung zuerst auf 2027 und jetzt auf 2030 verschoben.“ Schulen, die bereits wichtige Schritte gegangen sind, könnten diese Schritte weitergehen. Butzki forderte die CDU-Fraktion auf, ihren Antrag zurückzuziehen. Die Bürgerinnen und Bürger, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern wollten klare Entscheidungen. „Wir sollten nicht über eine Aussetzung der Inklusionsstrategie fabulieren, sondern gemeinsam mit allen an den Schulen Beteiligten gute Umsetzungsstrategien entwickeln.“

„Wir brauchen mehr Chancengerechtigkeit in der Schule. Jedes Kind hat ein Recht auf hochwertige, inklusive Bildung mit bestmöglicher individueller Förderung“, erklärte **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP). Lehrkräfte, Schulleitungen und Eltern setzten sich

mit großem Einsatz für die Inklusion ein. „Doch sie dürfen mit dieser herausfordernden Aufgabe nicht alleingelassen werden.“ Ohne bedarfsgerechte personelle Unterstützung durch mehr Fachkräfte oder multiprofessionelle Teams sowie durch gezielte Entlastungsmaßnahmen stoße deren Engagement schnell an Grenzen. Damit Inklusion gelingt, müsse sie ganzheitlich gedacht werden. „Bereits beim Schulbau und bei der Sanierung müssen Pädagogik, Architektur und Barrierefreiheit zusammengebracht werden“, sagte Becker-Hornickel. Nach ihrer Auffassung sei an dieser Stelle in der Vergangenheit nicht genug und konsequent gehandelt worden. Sie kritisierte gleichzeitig den Antrag der CDU als Exklusion.

Sandy van Baal (fraktionslos) begrüßte dagegen den CDU-Antrag. „Was wir hier erleben, ist Inklusion light.“ Sie wünsche sich die Inklusion, sie sei ein Menschenrecht. „Aber sie ist kein Selbstläufer.“ Die Realität an den Schulen bestehe aus Überforderung, Personalmangel, nicht barrierefreie Gebäude und unklare Perspektiven. „Förderschulen müssen so erhalten bleiben, solange sie gebraucht werden.“

Der Antrag wurde mit Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP ansonsten Zustimmung abgelehnt.

mgl

Antrag der CDU-Fraktion
- Drucksache 8/5027 -



Ausgabe verpasst?

Alle Ausgaben der
LandtagsNachrichten
Finden Sie in unserem Archiv.

www.landtag-mv.de/landtag/publikationen-bestellen/landtagsnachrichten/alle-ausgaben-ab-juli-2006





Foto: shutterstock.com

Gewappnet für die nächste Pandemie

Unterstützung für das Pandemieabkommen der WHO

COVID-19 hat alle Länder der Erde unvorbereitet getroffen. Die Pandemie beförderte aber auch das Bewusstsein, dass der weltweiten Ausbreitung von Krankheiten nur mit einer globalen Herangehensweise begegnet werden kann. Darum hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die während der Corona-Pandemie gewonnenen Erfahrungen analysiert und in einem Pandemieabkommen Maßnahmen für eine bessere Vorbereitung auf zukünftige Gesundheitskrisen zusammengestellt. Mit einem Antrag forderten Die Linke und SPD den Bund und die Fachgremien auf, zur Aushandlung letzter Detailfragen des Abkommens beizutragen. Danach soll das WHO-Pandemieabkommen so schnell wie möglich ratifiziert werden. Nach Ansicht der Koalitionsfraktionen habe MV als Forschungs- und Produktionsstandort im Bereich Gesundheit ein Interesse am Abkommen.

In der Antragseinbringung blickte **Torsten Koplin** (Die Linke) auf die Ungewissheiten und negativen Erfahrungen der Coronakrise zurück. Nicht alles wäre zu verhindern gewesen, aber „es gab Dinge, die wir hätten wissen müssen“, wandte er ein. Bereits 2013 wurde der Bundestag über ein „abstraktes Szenario einer Pandemie“ unterrichtet. Doch „aus Gründen der Ökonomisierung im Gesundheitswesen“ und in anderen Bereichen blieb die Vorsorge aus. Nun habe die WHO mit einem Pandemieabkommen erstmalig in „globaler Dimension“ Lehren gezogen und Empfehlungen niedergeschrieben. Dazu gehörten das Monitoring der Tiergesundheit, der weltweite Austausch von Gesundheitsdaten, die internationale Abstimmung für Vorräte von Schutzmaterialien, eine gerechte Medikamentenverteilung und ein „Frühwarnsystem“, skizzierte Torsten Koplin den Inhalt des Abkommens. Nach Abschluss noch of-

fener „Feinarbeit“ könne das Dokument nächstes Jahr wirksam werden.

Die Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) erinnerte daran, dass es für die Corona-Pandemie weder „erprobte Maßnahmen“ noch Gesetze gab. Daraus müsse auf allen Ebenen gelernt werden. Darum begrüße sie das WHO-Abkommen, in dem „das Wissen und die Erfahrungen anderer Länder“ gebündelt werde. Einige Kernforderungen, wie das Teilen von Pathogenproben und Gensequenzdaten, eine globale Emergency Workforce, die Stärkung nationaler und regulatorischer Kapazitäten sowie die gezielte Förderung grenzüberschreitender Forschung wurden von Deutschland beigetragen. Persönlich lag Stefanie Drese die Festbeschreibung des sogenannten One-Health-Ansatzes „am Herzen“. Dieser gehe vom Zusammenhang der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt aus. MV

besitze hier eine besondere Expertise. Die Ministerin zeigte sich optimistisch, dass wir mit den WHO-Regelungen „nur gewinnen können“.

Die WHO habe keine demokratische Legitimation. „Sie unterliegt weder einer parlamentarischen Kontrolle noch ist sie rechenschaftspflichtig“, verdeutlichte **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) die von seiner Fraktion erkannten Probleme. Das Pandemieabkommen gebe der WHO die Autorität, einen „Gesundheitsnotstand internationaler Tragweite“ auszurufen, der Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten nach sich ziehe, erläuterte der Politiker seine Bedenken. Er verwahrte sich auch gegen die „Zwangsöffnung von Patenten und Technologien“ der Pharmaunternehmen. Zudem verschwiegen Die Linke und SPD, dass die WHO die Zahlung von 10 Prozent der jährlichen Gesundheitsausgaben ihrer Mitgliedsländer fordere. Wer Pandemievorsorge ernst nehme, verbessere „auf einem soliden demokratischen und rechtsstaatlichen Fundament“ die nationalen Gesundheitsstrukturen, lege Arzneimittelreserven an und stärke die Gesundheitsämter. „Wir lehnen diesen Antrag aus tiefster Überzeugung ab“, bekräftigte Thomas de Jesus Fernandes.

Eine Pandemie mache nirgends Halt, kenne keine Grenzen, und das müsse eine der Lehren sein, brachte es

Harry Glawe (CDU) auf den Punkt. Darin liege auch die Wichtigkeit der Koordination einer weltweiten Pandemiebekämpfung durch die WHO. „Natürlich“ erfordere dies auch eine Auswertung der letzten Pandemie. Dafür seien Fachleute der WHO „unterwegs“ gewesen und haben Zielstellungen für künftige Pandemien formuliert. Diese umfassen eine stärkere Überwachung, den Aufbau von Lieferketten sowie Zugriff auf Schutzmaterial, Medikamente und Impfstoffe für alle Länder. Das könne doch auch die AfD nicht ablehnen, richtete Harry Glawe an seinen Vorredner. Ebenso reiche beim Ausbau von Technologie und Forschung kein nationaler Ansatz. Daher sei das Abkommen als „wichtiger Beitrag für die Weltgesundheit“ so bedeutsam. Denn die nächste Pandemie werde kommen, zeigte sich der Abgeordnete überzeugt. Die Welt müsse dann besser vorbereitet sein.

Die Ausführungen der AfD bewegten sich am Rande allgemeiner Verschwörungstheorien oder verfangen sich in Widersprüchen, kritisierte **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Es sei „nicht richtig“, dass die WHO gesundheitliche Entscheidungen in Deutschland treffen werde. „Das kann nicht mal die EU“, bekräftigte der Abgeordnete und fügte in Richtung AfD hinzu: „Das ist gesichert und da können Sie reden, wie Sie wollen“. Nichts Vernünftiges habe die AfD vorgetragen, warf er der Fraktion vor. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei der Meinung, dass internationale Abkommen in der Bekämpfung von Pandemien wichtig seien. Auch wies er zurück, Deutschland habe in der Corona-Pandemie zu langsam reagiert. Die Frage war eher „Wie?“ werde darauf reagiert. Denn dies sei vom Krankheitserreger abhängig. „Es gibt Pandemien, da sind die Todesfälle

10 Prozent. Da würden sie hier nicht so locker sitzen“, adressierte Dr. Harald Terpe nochmal die AfD.

Pandemien machten „nicht an Landesgrenzen Halt“ und darum müsse eine Strategie „zwangsläufig“ global ausgerichtet sein, unterstrich **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP). Allerdings komme im Antrag die Präventionskooperation zu kurz, Konflikte und Abwägungen werden ausgeblendet. Denn die Impfstoffe entwickelten private Unternehmen. Hier brauche es neben einem „moralischen“ auch einen „monetären Ansatz“. Ein „pauschaler Zugriff auf Wissen und Patente“ erweise sich als „kontraproduktiv“. Weiterhin achte das Abkommen zwar die staatliche Souveränität, aber gleichzeitig zögen sich westliche Staaten aus der WHO zurück und geben Raum für einen größeren Einfluss Chinas, warnte Barbara Becker-Hornickel. „Ein gutes weltweites Pandemiemanagement“ schütze die Gesundheit und die Rechte der Bürger – es müsse also „ein Gewinn für alle sein“, fasste die Abgeordnete zusammen. Die Gruppe der FDP werde sich zum Antrag enthalten.

Der Antrag enthalte vieles, dem sie „als Liberale“ zustimme, betonte **Sandy van Baal** (fraktionslos). Internationale Zusammenarbeit sei notwendig, denn die Pandemie habe gezeigt, wie eng die Welt verbunden sei – „im Guten wie im Schlechten“. Es brauche aber auch den Mut, Fehler zu benennen. Sie wolle das nicht als Anklage verstanden wissen, sondern aus dem „tiefen Wunsch“ heraus, zu lernen. Vor allem müssen Lehren über Verhältnismäßigkeit, Vertrauen gegenüber dem mündigen Bürger und Freiheit gezogen werden – alles Dinge, die auch in einer Krise möglich sein müssen. Wenn jetzt einfach weitergemacht

werde, dann werden diejenigen, die der Politik vertraut und sich an die Beschränkungen gehalten haben, „im Stich gelassen“. Darum forderte Sandy van Baal auch eine Aufarbeitung der Pandemie. Das sei „der einzige Weg“, um es beim nächsten Mal besser zu machen.

Torsten Koplin (Die Linke) dankte für die Debatte. Mit Ausnahme der AfD wurde darauf verwiesen, dass Viren nicht an Grenzen haltmachen. Wissenschaftler listeten ungefähr 70.000 Viren mit dem Potenzial einer globalen Ausbreitung. „Das heißt, wir sind vor neuerlichen Pandemien nicht gefeit“. Umso wichtiger sei es, die richtigen Lehren zu ziehen. Der AfD entgegnete der Abgeordnete, dass die WHO mit dem Abkommen Empfehlungen ausgesprochen habe, über die sich alle Mitgliedsländer verständigt haben. Zudem gelte das Abkommen nur, wenn es die nationalen Parlamente ratifizieren. Eine weitere Hürde liege darin, dass mindestens 64 Staaten das Abkommen annehmen müssen, damit es überhaupt in Kraft treten könne. Die WHO agiere weder „außerhalb jeglicher Kontrolle“ noch wolle sie gesundheitspolitisch etwas „oktroieren“. Abschließend verwies Torsten Koplin auf die seit der Corona-Pandemie eingeführten Verbesserungen im Gesundheitssektor sowie die entwickelten Notfall- und Krisenmanagementstrategien.

Die AfD lehnte den Antrag ab, während sich die Gruppe der FDP, die CDU und die fraktionslose Abgeordnete Sandy van Baal enthielten. Mit der Zustimmung von Die Linke, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Antrag angenommen.

mye

Antrag Die Linke und SPD
Drucksache 8/5015



LandtagsNachrichten kostenlos nach Hause

Scannen Sie diesen QR-Code, oder
senden Sie direkt eine E-Mail an:

oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de



Antrag zu einer landeseigenen Beteiligungsgesellschaft

Forderung nach Erneuerbare-Energien-Projekte auf Landesflächen

Angesichts der Klimaveränderung verläuft die Energiewende nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu schleppend. Abhilfe könne unter anderem die Landesregierung dadurch schaffen, indem das Land selbst Betreiber von Wind- und Solarparks wird. Doch die anderen Fraktionen im Landtag wollten diesen Ideen nicht folgen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen grundlegenden Richtungswechsel bei der Energiewende in MV gefordert. „Die Energiewende ist eine riesige Gestaltungsaufgabe, die große Mengen an Kapital benötigt“, sagte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). MV habe alle Voraussetzungen, dabei ganz vorne mitzuspielen. „Viel Fläche, viel Wind, viel Sonne.“ Doch es gelinge nicht, den wirtschaftlichen Nutzen dieser Energien im Land zu halten. „Die Energie wird hier produziert und fließt mit den Gewinnen ab. Davon müssen wir weg.“ Künftig sollten laut Damm die Gewinne aus Wind und Sonne im Land bleiben, die Energiewende solle zu einem Projekt aller Bürgerinnen und Bürger werden und die Erträge sollten direkt in die Zukunft der Kommunen fließen. Wie Damm weiter erklärte, sei der Kern des Antrags der Aufbau einer landeseigenen Beteiligungsgesellschaft. So solle die Beteiligung an Energieprojekten vereinfacht werden. „Anstatt die Menschen mit komplexen Einzelbeteiligungen je Projekt zu überfordern, schaffen wir eine zentrale Beteiligungsgesellschaft.“ Die Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Land könnten dort gemeinsam investieren. Die Gesellschaft bündele das Kapital und investiere es in landeseigene Projekte. „Das senkt das Risiko, senkt die Einstiegshürde und öffnet eine breite Beteiligung.“

Wirtschaftsminister **Dr. Wolfgang Blank** (parteilos) bezeichnete den Grundansatz des Antrags zwar als lobenswert. „Aber der Weg dahin ist für mich nicht klar. Und die Frage ist, ob wir den Weg dahin in dieser Form durchstehen können und auch dahin

wollen.“ MV setze auf einen gezielten, verantwortungsvoll ausgesteuerten, konsequenten und verlässlichen Ausbau der erneuerbaren Energien. Blank betonte, dass die im Antrag geforderte Nutzung der Flächen durch Umsetzung von erneuerbaren Energieprojekten durch landeseigene Gesellschaften bereits durch die Tätigkeit der Energieland MV GmbH als hundertprozentige Tochter der Landgesellschaft MV erfolge. Hierfür stelle das Land landeseigene Flächen zur Verfügung und Sorge dafür, dass diese von der Gesellschaft zweckentsprechend eingesetzt werden können. Zudem stünde es schon heute Einwohnerinnen und Einwohnern frei, Angebote für den Anteilskauf bei Projektgesellschaften abzugeben. Der Vorhabenträger könne, aber er müsse nicht das Angebot zum marktüblichen Preis annehmen. Würde das Land hier weitergehen, könnte das einen Eingriff in die Grundrechte eines Vorhabenträgers darstellen.

Petra Federau (AfD) bezeichnete den Antrag als ein energiepolitisches Märchenbuch. „Während Sie die Geschichte vom grünen Glück erzählen, schreiben Sie in Wirklichkeit ein weiteres Kapitel des Kontrollverlustes über Energieversorgung und Marktwirtschaft.“ Die Forderung, dass das Land Projekte auf Landesflächen künftig selbst betreiben solle, sei der Einstieg in eine grüne Staatswirtschaft. „Statt Wettbewerb und unternehmerischer Verantwortung setzen Sie auf Landesgesellschaften, die ohne Konsequenzen Verluste auf Risiko der Steuerzahler produzieren können.“ Das von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Beteiligungsmodell für alle Bürger bezeichnete Federau als Eti-

kettenschwindel. In Wahrheit gehe es um die Bürgerfinanzierung der Energiewende. Die Menschen sollten mit ihrem Geld die grüne Politik vorfinanzieren. „Und was ist, wenn das Projekt floppt? Dann bleiben Risiko und Last ausschließlich beim Bürger.“ Auch bei der vorgeschlagenen Überführung von Gewinnen aus Betrieb und Verpachtung in einen Landesfonds, die zweckgebunden für Klimaschutz in die Kommunen fließen sollen, handele es sich um einen neuen politischen Verteiltopf. Kommunen müssten klimapolitisch richtig handeln, um an Geld zu kommen. „Das ist politische Erpressung“, betonte Federau.

Wolfgang Waldmüller (CDU) stellte die Frage, was die wahre Absicht hinter dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei. Wenn man den Antrag lese, könne man fast meinen, MV sei ein Entwicklungsland bei der erneuerbaren Energie und dass es einen Riesenbedarf gebe, jetzt noch richtig einen draufzulegen. „MV ist in Sachen erneuerbarer Energie ja schon Vorreiter.“ Schon jetzt würden die Vorgaben des Bundes zum Anteil der erneuerbaren Energieformen in MV übererfüllt. Gleichzeitig könne das Land bereits jetzt auf seinen eigenen Flächen Windräder errichten und selbst betreiben, wenn das den Kriterien des Planungsverbandes entspricht, sagte Waldmüller. Er betonte, dass er die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Art der Bürgerbeteiligung ablehne. Die Bürgerinnen und Bürger, die tatsächlich vor Ort betroffen sind, hätten meist nicht das Eigenkapital, um sich zu beteiligen und blieben deshalb bei diesem Modell außen vor. „Wir wollen eine direkte Beteiligung des Bürgers, nicht mit Eigenkapital, sondern aus den Erträgen heraus.“ Auch die Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung neuer Anlagen stieß bei Waldmüller auf Widerstand. „Die Haushaltshoheit in diesem Land hat der Landtag von MV.“

„Zwischen richtiger Idee und realitätsferner Überfrachtung liegt ein großer Unterschied. Die Landesregierung ist längst aktiv“, führte **Falko Beitz** (SPD) aus. Mit der Energieland MV GmbH sei ein leistungsfähiger Akteur geschaffen worden, der genau das tut, was im Antrag gefordert wird. „Diese Gesellschaft befindet sich im Aufbau, nicht im Stillstand.“ Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wolle, dass das Land de facto selbst zum Projektentwickler, Bauherrn, Betreiber, Beteiligungsmanager und Fondssachverwalter wird. „Alles auf einmal. Das ist nicht pragmatisch“, betonte Beitz. Die Grünen verwechselten Gestaltungswillen mit Detailverliebtheit und Verantwortungsübernahme mit staatlicher Übersteuerung. In MV werde bereits heute mehr Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugt, als im Land selbst verbraucht wird, sagte Beitz. „Darum arbeiten wir daran, gute Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Nutzung der Potenziale der erneuerbaren Energien mit Augenmaß erfolgen kann.“ Auch werde der Netzausbau mit dem Ausbau der Erzeugungsanlagen besser synchronisiert, so dass Strom-

preise sinken und Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen von hohen Energiekosten entlastet werden.

Die Akzeptanz für die Energiewende werde nur dann geschaffen, wenn die Menschen an diesem Prozess beteiligt werden, erklärte Agrar- und Umweltminister **Dr. Till Backhaus** (SPD). „Und wenn sie dann beteiligt werden, müssen sie auch noch was davon merken.“ Die Landesregierung arbeite daran, dass diese Vorteile in der Bevölkerung spürbar werden. Das Zeitfenster sei jetzt offen, dass möglichst zügig solche Projekte vorangetrieben werden können. So sollen in diesem Jahr zwischen sechs und acht Windkraftanlagen, die dem Land dann gehören, auch genehmigt werden und in die Umsetzung gehen.

„Die wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand ist in der Regel nie besser als privatwirtschaftliches Engagement“, begründete **David Wulff** (Gruppe der FDP) seine ablehnende Haltung gegenüber dem Antrag. Das Risiko trügen am Ende immer alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Auch sei das Versprechen auf höhere Renditen Utopie, wenn ein landeseigener Betrieb arbeite. „Das Einzige, was Sie mit diesem Antrag hier machen, ist mehr Staatswirtschaft und das lehnen wir entschieden ab.“ Der Ansatz der Grünen, bei der Bevölkerung um mehr Akzeptanz beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu werben, sei unterstützenswert, sagte Wulff. Es sei jedoch wichtig, dass die Kommunen direkt vor Ort davon profitieren. „Da, wo die Anlagen sind, da, wo die Mühle steht, da wo die PV-Flächen stehen – das ist relevant.“ Das Land sollte sich an dieser Stelle raushalten und könne sich dann freuen, wenn es die Pachteinahmen risikoarm generieren werde.

Der Antrag würde bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen aller übrigen Fraktionen, der Gruppe der FDP und der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

mgl

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/5006



Fotos: nordreport

Aussprache zum handlungsfähigen Staat

Einst seien die Menschen auf Bahnhöfen, in Innenstädten und Parks unbesorgt unterwegs gewesen, führte der Fraktionsvorsitzende Nikolaus Kramer (AfD) an. Aber zunehmend fragten sie sich, ob sie abends allein oder ihre Kinder auf dem Spielplatz sicher seien. Der Abgeordnete machte „kulturelle Spannungen“ durch eine „unkontrollierte Massenzuwanderung“ als eine der Ursachen des „besorgniserregenden Anstiegs von Alltagsgewalt“ aus. Darum forderte er in einer Aussprache, dem „Unsicherheitsgefühl der Bürger“ durch „konsequentes staatliches Handeln“ zu begegnen. Das schließe „Null Toleranz“ bei Gewalt gegen Lehrer, Polizei und Rettungskräfte ein. Mit einem politischen Neuanfang müsse Sicherheit verlässliche „Normalität“ werden.

Innenminister Christian Pegel (SPD) hielt dem „extrem“ einseitigen Bild der AfD die „objektiven Zahlen“ der Polizeilichen Kriminalstatistik 2024 entgegen. Sie wiesen das zweitgeringste Straftataufkommen seit 1990 aus. Er bestätigte einen „unirdischen“ Wertverfall und Respektlosigkeit gegenüber der Polizei. Der Minister setzte für Verbesserungen auf mehr Personal bei Polizei und Verfassungsschutz. Dazu trage auch der auf Bundesebene gestartete „echte Kurswechsel in der Migrationspolitik“ bei, versicherte Ann Christin von Allwörden (CDU). Für MV mahnte sie den politischen Rückhalt für eine sichtbare und durchsetzungsfähige Polizei an. Michael Noetzel (Die Linke) sah in der Argumentation der AfD „ein Paradebeispiel“ für deren „destruktiven Charakter“. Sie schüre „nebulöse“ Ängste, stelle den Staat als handlungsunfähig dar und habe keinerlei Lösung. Die Fraktionsvorsitzende Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erachtete es als „absurd“, wie Menschen mit Migrationsgeschichte pauschal diffamiert und das gesellschaftliche Klima „vergiftet“ werden. So ließe sich keine fundierte Debatte führen. Auch David Wulff (Gruppe der FDP) lehnte Panikmache ab, plädierte aber dafür, den „kleinen Kern Wahrheit“ zu ergründen. Selbstverständlich sei die FDP für Zuwanderung, aber auch für die Einhaltung von Regeln. Die Sicherheit habe abgenommen, das sei nicht „gefühl“, sondern müsse ernst genommen werden, betonte Sandy van Baal (fraktionslos). Die Lösung sei ein „handlungsfähiger Staat, der schützt und durchgreift, und trotzdem die Freiheit des Einzelnen achtet“.

Auf Antrag der AfD fand eine Aussprache statt.

Ehrenamtsstiftung MV als tragende Säule bürgerschaftlichen Engagements

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Julian Barlen hat die zehnjährige Arbeit der Ehrenamtsstiftung MV in einer von der SPD beantragten Aussprache gewürdigt. Sie sei eine tragende Säule für bürgerschaftliches Engagement im Land. „Mehr als eine Million Euro fließen direkt in kleinere und mittlere Initiativen.“ Die Stiftung fördere jährlich über 500 Projekte, das Programm „Gutes tun in MV“ sei bundesweit beispielgebend. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) erklärte, dass in diesen Zeiten, in denen der Wind rauer ist, in denen es viel Spaltung und viel Hass und Hetze gibt, der Scheinwerfer mehr auf die gerichtet werden müsse, die anpacken und für das Land und andere da sind. Gerade kleinere ehrenamtliche Initiativen, die nicht die großen Verbände hinter sich haben, bräuchten Unterstützung. Die Stiftung sei nicht nur in Städten präsent, sondern vor allem in der Fläche aktiv, sagte Thomas de Jesus Fernandes (AfD). Der letzte öffentlich zugängliche Jahresbericht stamme aus dem Jahr 2021. „Gerade weil die Stiftung gute Arbeit macht, wäre es wünschenswert,

aktuelle Zahlen, Erfolge und Entwicklungen regelmäßig zugänglich zu machen.“ „Ohne Ehrenamt ist kein Staat zu machen“, betonte Harry Glawe (CDU). Es sei der Kitt der Gesellschaft. Die Ehrenamtsstiftung MV kümmere sich um die Förderung von Kultur und Bildung, aber auch von Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Sport. „Das sind die Dinge, die wichtig sind.“ Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Jeannine Rösler, zeigte sich beeindruckt, dass die Stiftung nicht nur Ratgeber in rechtlichen Fragen sei oder Fördermittelanträge entgegennehme und billige. Sie bringe Menschen zusammen, mache Engagement sichtbar und Sorge dafür, dass das Ehrenamt nicht im Verborgenen bleibt, sondern die Anerkennung bekommt, die es verdient. Harald Terpe (BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN) berichtete, dass in MV rund 600.000 Menschen ehrenamtlich tätig seien. Da sei es wichtig, dass mit der Ehrenamtsstiftung MV eine gewisse hauptamtliche Struktur als Korsett eingezogen worden sei. Dieses Korsett solle nicht begrenzen, sondern stützen. Vielen Menschen biete das Ehrenamt die Möglichkeit, aktiv an gesellschaftlichen Entwicklungen teilzunehmen, sagte Barbara Becker-Hornickel (Gruppe der FDP). Die Ehrenamtsstiftung MV biete dafür eine ausgezeichnete Plattform. Dem Ehrenamt könne nicht genug Achtung und Förderung entgegengebracht werden. Patrick Dahlemann (SPD) stellte klar, dass die Ehrenamtsstiftung regelmäßig Halbjahres- und Jahresbilanzen den zuständigen Gremien vorlege.



Moderner Staat mit schlanker Verwaltung

Wie könne ein bürokratiearmer und zukunftsfähiger Staat „auf allen Ebenen“ geschaffen werden, brachte der Fraktionsvorsitzende Daniel Peters (CDU) die zentrale Frage des Antrags seiner Fraktion auf den Punkt. Das Thema sei nicht neu, aber die „ambitionierten“ und „beispielgebenden“ Ziele des Bundes müssen sich nun auf Landesebene wiederfinden. Denn auch MV treffe der Arbeitskräftemangel, betonte der Abgeordnete. Damit der öffentliche Dienst nicht zulasten der Wirtschaft Fachkräfte abwerbe, brauche es eine „konsequent“ digitalisierte Verwaltung unter Einsatz von Künstlicher Intelligenz und ein Bürokratieabbaugesetz. So könnte die Landesverwaltung 20 Prozent der Stellen und 25 Prozent der Bürokratiekosten einsparen.

Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Blank (parteilos) lehnte in Vertretung für den Finanzminister Dr. Heiko Geue (SPD) die pauschale Reduzierung in der Kernver-

waltung ab. Es gehe vielmehr darum, „Prozesse digital neu zu denken“, Hierbei profitiere das Land von der MV-Beratung als „zentralem Motor der Verwaltungsmodernisierung“. Es fehlten digitale Lösungen, pflichtete Martin Schmidt (AfD) bei. Allerdings seien die CDU-Ziele „zu hoch gegriffen“, auch weil der Weg dahin nicht herausgearbeitet wurde. Mit Blick auf 208 neue Beamte in Berlin hielt Torsten Koplin (Die Linke) den CDU-Antrag für „unglaublich“. Zudem werde der geforderte Stellenabbau vom demographisch bedingten Rückgang der Beschäftigten eingeholt werden. MV müsse bei der Digitalisierung „deutlich besser werden“, doch lehne ihre Fraktion „Digitalisierung mit der Brechstange“ oder Strukturen einer „Effizienzbehörde à la Elon Musk“ ab, verdeutlichte die Fraktionsvorsitzende Constanze Oehlrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Tilo Gundlack (SPD) kritisierte, dass im Antrag nicht erkennbar sei, wie Bürokratieabbau „intelligent und sozial“ gestaltet werde und zu „sozialer Teilhabe und Chancengleichheit“ beitrage. Das Thema sei „derart wichtig“ und von

der FDP „jahrelang“ verfolgt worden, rief René Domke (Gruppe der FDP) in Erinnerung. Doch auch die CDU adressiere nicht die Ursache der Überregulierung, die in „einer Kultur des Misstrauens“ gegenüber dem mündigen Bürger liege. Abschließend fasste Marc Reinhardt (CDU) die CDU-Vorschläge zusammen und beantragte die Überweisung in die Ausschüsse.

Die Überweisung wurde mit den Gegenstimmen von SPD und Die Linke bei Zustimmung von CDU, AfD, Gruppe der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der fraktionslosen Abgeordneten Sandy van Baal abgelehnt.

Dem Antrag stimmten die CDU und die fraktionslose Abgeordnete Sandy van Baal zu, während sich die AfD und die Gruppe der FDP enthielten. Mit den Nein-Stimmen von Die Linke, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde die Drucksache verworfen.

*Antrag CDU
Drucksache 8/5028*

Kommunen in akuten Finanznöten

Auf MV kommen nach Ansicht von Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) große Einnahmeausfälle zu, für die keine Kompensation durch den Bund absehbar ist. Die Landesregierung dürfe im Bundesrat keinen Gesetzentwürfen zustimmen, die eine Verschlechterung der kommunalen Finanzen zur Folge haben. Das Finanzausgleichsgesetz (FAG) müsse verändert werden. Die Ursachen der kommunalen Finanzprobleme liegen nach Ansicht von Martin Schmidt (AfD) nicht in den aktuell diskutierten steuerpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung. Sie lägen in einer über Jahre hinweg völlig verfehlten Ausgabenpolitik. Er führte dabei die Ausgaben für Asyl und Integration, für Bürgergeld ohne Bedingung oder Entwicklungshilfe ohne Nutzen an. Dirk Bruhn (Die Linke) forderte eine Umverteilung von oben nach unten und eine gerechte Steuerpolitik, die Konzerne und Vermögende stärker in die Pflicht nimmt. Damit sollten die

Spielräume geschaffen werden, die Länder und Kommunen brauchen, um ihre Aufgaben sozial gerecht zu erfüllen. „Die aktuellen finanziellen Probleme, die wir seit spätestens 2021 auf der kommunalen Ebene haben, haben noch nichts mit den neuen Initiativen der neuen Bundesregierung zu tun“, betonte Marc Reinhardt (CDU). Es sei gut und richtig, dass es eine Einigung zwischen Bund und Ländern gibt, die Steuerausfälle der Kommunen zu 100 Prozent zu ersetzen. Tilo Gundlack (SPD) bestätigte, dass es auf kommunaler Ebene und auf Landesebene finanzielle Handlungsbedarfe gibt. „Aber so finster, wie die Grünen das beschreiben, ist das nicht.“ Grund dafür sei, dass das Land den Kommunen seit Jahren im Bundesvergleich überdurchschnittlich hohe Landeszuweisung gibt. René Domke (Gruppe der FDP) verwies darauf, dass die Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen schneller steigen als die Einnahmen. Zudem müssten die künftigen Zinsen beachtet werden. Voraussichtlich bis 2028 werde sich die Zinsbe-

lastung um das Doppelte auf rund 60 Milliarden Euro erhöhen. „Im dritten Jahr wirtschaftlicher Stagnation stehen die kommunalen Haushalte wie auch der Landeshaushalt vor großen Herausforderungen“, sagte Finanzminister Dr. Heiko Geue (SPD). Er mahnte Beschleunigungsgesetze zum Bürokratieabbau an, damit die Investitionen so rasch wie möglich umgesetzt werden können. Der Antrag wurde bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen Die Linke, SPD und CDU und Stimmenthaltung der Gruppe der FDP, der Fraktion der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

*Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 8/5007*



Befragung der Landesregierung

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

Hackerangriff auf Polizeigeräte

Ann Christin von Allwörden, CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

In meiner Frage möchte ich zunächst einmal auf eine Pressemitteilung von Ihnen abstellen vom 25.06. Dort sagen Sie: „Die Analysen und umfangreichen Prüfungen unserer IT-Spezialisten ha-

ben bisher ergeben, dass keine Daten durch die „Hacker“, „Angreifer gestohlen werden konnten.“ So die Aussage in Ihrer Pressemitteilung.

Ich frage Sie diesbezüglich: Ist es zutreffend, dass das LKA seine Mitarbeiter am vergangenen Freitag darüber informiert hat, dass sehr wohl Daten abgefließen sind, nämlich bei der privaten oder bei der Nutzung im privaten Bereich zu Hause, nämlich unter anderem Netzwerknamen, Passwörter und Standortdaten sind dort zum Opfer gefallen und es wurde empfohlen, Passwörter und dazu auch in Verbindung die Kombination von Standortdaten zu ändern. Trifft das zu?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst bleibt festzuhalten, dass wir in der Tat einen Angriff, einen Hackerangriff auf ein System der Landespolizei hatten, die nämlich ein System, was die Mobiltelefone, mit denen wir verschiedene

Dienste außerhalb des Polizeireviere wahrnehmen können, angegriffen haben. Die Ermittlungen dauern an, auch das habe ich im Innenausschuss berichtet. Wir haben relativ intensive Bemühungen des LPBK und des LKA, die Ermittlungen zu führen. Und die Kolleginnen und Kollegen des LKA selbst, die diese Ermittlungen führen, haben mir wiederholt mitgeteilt, dass sie bislang eben keine Erkenntnisse haben, dass Daten tatsächlich abgefließen sind.

Und das, was dort mitgeteilt worden ist, dürfte bei wohlwollender Lesart, so hoffe ich zumindest, genau einen anderen Zweck haben, und den werden Sie an verschiedenen Stellen erleben, die Kolleginnen und Kollegen prüfen, können wir forensisch nachweisen, können wir forensisch irgendwie Anhaltspunkte finden, dass abgefließen ist. Trotz intensiver Prüfungen in den letzten sechs Wochen von Spezialisten, echten Spezialisten des LKA, ist so etwas eben nicht nachvollziehbar gewesen.



Aber die Kolleginnen und Kollegen argumentieren umgekehrt, und das tun sie an verschiedenen Stellen, die sagen, diese Systeme sind so relevant und so sicherheitsrelevant, dass beispielsweise der Server, auch wenn wir nicht feststellen können, dass sich dort die Angreifer nachhaltig festgesetzt haben, dass die sagen, solange wir nicht das Gegenteil beweisen können, solange wir nicht sicher sind, dass in keiner Ecke dieses riesigen Servers gar nichts ist, solange wir das nicht nachweisen können, tauschen wir den Server aus. Deswegen werden wir zum Beispiel den Server austauschen.

Und eine ähnliche Information geht an die Kolleginnen und Kollegen. Der Hinweis lautet, wir haben momentan keine Anhaltspunkte, noch einmal, nach vielen Wochen intensiver Prüfung der LKA-Beamtinnen und -Beamten selbst, dass Datenabflüsse erfolgt sind, erst recht nicht von den Handys oder aus privaten Hintergründen. Aber solange wir nicht garantieren und ausschließen können – und das können wir möglicherweise am Ende der Ermittlungen, zurzeit aber nicht –, empfehlen wir aus höchster Vorsicht, dass gleichwohl diejenigen, die da Besorgnisse haben, im Zweifel ihre entsprechenden WLAN-Passworte austauschen.

Das ist der Hintergrund dessen, was mitgeteilt worden ist. Ich bin ziemlich sicher, dass die LKA-Kollegen, die da selbst Ermittlungen führen, nicht anderes mitgeteilt haben, als sie mir an die Hand geben. Es gibt bisher nach dem Berichten keine festgestellten Datenabflüsse, und noch einmal, von dem eigentlichen Polizeiserver und erst recht nicht von den dahinterliegenden Mobiltelefonen und noch weitergehender, dann erst recht nicht von den jeweiligen privaten WLAN-Netzen.

Hintergrund ist, dass die Kolleginnen und Kollegen im Zweifel die Mobiltelefone zu Hause ins WLAN-Netz eingeknüpft haben könnten. Und vor dem Hintergrund, noch einmal, nur aus allerhöchster Vorsicht, weil wir momentan das Gegenteil auf jeden Fall nicht felsenfest feststellen können, die Empfehlung zu sagen, prüft einmal, ob ihr das tun wollt.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage dazu stellen?

Ann Christin von Allwörden, CDU: Ja, das möchte ich sehr gerne. Herr Minister, ich zitiere noch mal aus einer anderen Pressemitteilung, und zwar vom 03.06. Dort sagen Sie: „Die seit Einführung der mPol-Geräte möglichen online-Abfragen auf den“ Funk-Streifenwagen „werden deshalb für kurze Zeit wieder auf dem ursprünglichen Weg erfolgen müssen.“ Und etwas weiter unten: „Unabhängig davon können die Smartphones weiterhin durch die Polizisten zum Telefonieren verwendet werden.“ Meiner Erkenntnis nach ist das auch nicht der Fall. Die 3.500 Smartphones können nicht mehr genutzt werden, überhaupt nicht mehr, und der Server muss auch bereits, oder haben Sie ja eben gerade auch schon gesagt, der Server wird auch ausgetauscht. Das tut man ja nicht umsonst und mal so eben als Vorsichtsmaßnahme, vor allen Dingen, weil es mit hohen finanziellen Kosten auch verbunden ist.

Wie können Sie sich denn, wie können Sie uns das erklären, dass Sie aus reiner Vorsichtsmaßnahme und nicht aufgrund von Tatsachen, die jetzt wirklich dafürsprechen, dass ein immenser Schaden eingetreten ist, diese Maßnahmen treffen?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wiederhole gerne das eben Gesagte.

Erstens. Wir können einen großen Gegensatz ausmachen und sagen, wir warten 18 Wochen und ich teile das erste Mal der Öffentlichkeit in 18 Wochen mit, was geschieht. Ich habe mich für einen anderen Weg entschieden und die Kolleginnen und Kollegen im Übrigen nach innen auch. Wir teilen jeweils relativ frühzeitig jeweilige Sachstände mit. Und genauso lauten die Hinweise auch. Die Ermittlungen laufen weiter und wir kommen zu weitergehenden Erkenntnissen. Und nach dem 3. Juni sind wir zu weitergehenden Erkenntnissen gekommen, die die Kollegen dazu führten, auch wieder aus höchster Vorsicht bitte auch die Telefone nicht mehr zum Telefonieren zu benutzen.

Und ja, noch einmal, Sie können ja an der Kompetenz der Kolleginnen und Kollegen zweifeln, ich kann das nicht, weil ich die Kompetenz im IT-Bereich nicht näherungsweise besitze. In diesem LKA-Bereich sind hocherfahrene, hochprofessionelle Ermittlerinnen und Ermittler. Und wenn die mir umfangreiche Berichte schreiben, dass sie in mehreren Wochen Ermittlungen keinen Datenabfluss nachweisen können, aber sagen, erstens, wir sind noch nicht fertig, und zweitens, ob wir am Ende tatsächlich in jeder Ecke des Servers sicher ausgeputzt haben und sicher sein können, da ist wirklich nichts, ob das uns gelingt, können wir heute auch noch nicht garantieren, dann ist – und das tun wir im Übrigen mit anderen Beteiligten auch, wenn sie angegriffen werden, alle, die an diesem öffentlich-rechtlichen Netz dranhängen, und das tun wir am Ende auch mit diesem Server –, ist die Maßgabe, wenn du nicht garantieren kannst, und zwar nachgewiesen garantieren, dass nirgendwo mehr irgendetwas versteckt ist, was sich später reaktiviert und dem Hacker Zugriff ermöglicht, solange das nicht nachgewiesen werden kann, wird aus höchster Vorsicht der Server, also der analoge, das haptische Gerät ausgetauscht und durch einen neuen ersetzt, bei dem diese Restgefahr, diese minimale Restgefahr eben nicht besteht.

Und insoweit, Ihre Frage war ja ein bisschen zugespitzt, doch, all das tun wir, im Übrigen ständig auch bei anderen Hackerangriffen, beispielsweise auf die kommunale Familie, wenn die Garantie nicht gegeben werden kann, muss der Server aus höchster Vorsicht ausgetauscht werden. Und genau das ist hier momentan der Sachstand, den die Kolleginnen und Kollegen mir mitteilen, denen ich tief vertraue, noch einmal, professionelle Ermittlerinnen und Ermittler in diesem Bereich.

Verbot der Gruppe „Nordkreuz“

Paul-Joachim Timm, AfD: Schönen guten Morgen, Frau Landtagspräsidentin! Einen schönen guten Morgen, Herr Innenminister!

Die Bundesregierung, aber auch verschiedene Landesregierungen haben das Recht, vom Verbot extremistischer Bestrebungen Gebrauch zu machen. Vereinigungen, Vereine, Institutionen können verboten werden. Da ist dann, sollte dieses Verbot erfolgen, auch der Rechtsweg offen, beispielsweise wie beim „Compact“-Magazin kann das aufgehoben werden. Jeden Montag drehen wir uns hier im Hause um das Thema Nordkreuz, um Umsturzfantasien, um Feindeslisten.

Meine Frage an Sie: Warum wurde Nordkreuz bis heute nicht verboten?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst hat gegen Nordkreuz der Generalbundesanwalt Ermittlungen aufgenommen. Der schien also davon auszugehen, dass es a) über die Bundeslandgrenzen Mecklenburg-Vorpommerns hinausgeht, wenn es sich also um einen Verein, wie Sie ihn offenbar zu subsumieren scheinen, gehandelt hat oder handelt, dass nicht allein das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern die Zuständigkeit für diesen Verein für sich beanspruchen kann.

Und zum Zweiten sind genau die organisationsdeliktsrechtlichen Fragen durch den Generalbundesanwalt geprüft und offenbar am Ende zumindest als nicht hinreichend wahrscheinlich angesehen worden, damit ein Strafverfahren vor einem entsprechenden Staatsschutzsenat durchzustehen.

Dass darüber unterschiedliche juristische Auffassungen bestehen, ist unstrittig. Ich gehe davon aus, dass wir bei Nordkreuz weiterhin, wenn, einen Personenzusammenschluss haben, der nicht nur Mecklenburg-Vorpommern betrifft. Und wir sind mit unseren Möglichkeiten sehr eingeschränkt. Wenn Sie darauf schauen, es hat in der gesamten Geschichte dieses Bundeslandes seit 1990 lediglich drei Vereinsverbote gegeben, 2009, 2013 und 2021, weil Voraussetzung ist, dass du dann als Landesbehörde ausschließlich einen Verein hast, der in deinen Landesgrenzen tätig ist, und auf den bezogen wir dann die Zuständigkeit haben. Die meisten Vereinsverbote, die Sie auch wahrnehmen, sind Vereinsverbote, die das Bundesinnenministerium vornimmt, weil mehr als ein Bundesland oder sogar die ganze Bundesrepublik, aber mehr als ein Bundesland betroffen ist. Und dann gibt es entsprechend andere Zuständigkeiten.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Paul-Joachim Timm, AfD: Ja, das möchte ich, Frau Landtagspräsidentin. Herr Innenminister, an der Universität habe ich mal gelernt, alles, was nicht

verboten ist, ist erlaubt. Kann man daraus schließen, dass die Tätigkeit des Nordkreuz-Zusammenschlusses nach derzeitiger Rechtslage erlaubt ist?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das kommt auf die Tätigkeiten drauf an. Und wenn Sie schauen, dass der Generalbundesanwalt zumindest einen Anfangsverdacht für ein Vereinigungsdelikt, wie das Strafrecht das nennt, gesehen hat, dann scheinen wir zumindest an der Grenze zum Verbotensein uns zu bewegen.

Von daher ist das, was Sie erbitten, zu sagen, ist das nicht ein Placet und die sind immer erlaubt, ganz so einfach wird die Reise nicht sein, sondern Sie werden sich dann erstens die Tätigkeiten einzelner Personen anschauen müssen, und jede strafrechtlich relevante Vorgehensweise ist dann eben nicht erlaubt, sondern verboten, und zweitens, Sie müssten diese Frage die Kolleginnen und Kollegen im Bundestag bitten zu stellen, weil, noch einmal, Nordkreuz über unsere Landesgrenzen hinausgeht und der Umstand, dass der Bundesinnenminister, früher die Bundesinnenministerin, bisher nicht tätig geworden ist, muss nicht darauf beruhen, dass man alles für rechtmäßig hält, sondern dass man möglicherweise aus Opportunitätsgesichtspunkten zurzeit damit nicht umgeht.

Aber noch einmal, strafrechtlich relevantes Verhalten ist immer verboten. Und das ist unabhängig davon, ob wir auf der Vereinigungsebene entsprechend vorgehen.



Stand der Wärmeplanungsverordnung

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Minister, wir bleiben beim Thema, Wärmeplanungsverordnung. Sie haben ja am 10.11. als Reaktion auf unseren Antrag „Planungssicherheit für unsere Kommunen – Wärmeplanung im Land endlich auf den Weg bringen“ dann veröffentlicht: „Weichenstellung für die Kommunale Wärmeplanung in MV gestartet“, und darin versprechen Sie sozusagen jetzt diese Verordnung, um die es geht, ja zu Anfang 2025. Da war das Zitat, der „Landesbauminister ... kündigte die erforderlichen Anhörungen vor Erlass einer ... Verordnung im letzten Quartal 2024 an und zeigte sich zuversichtlich, dass diese Anfang 2025 in Kraft treten werde.“

Und da bin ich beim Kollegen Reinhardt, das ist schon relevant für die Kommunen, da endlich Planungssicherheit zu haben. Wir haben ja gestern auch einen Antrag meiner Fraktion beraten, wo es darum ging. Deswegen würde ich mich noch mal sehr dafür interessieren, woran es jetzt eigentlich hakt, weil Sie haben diese Pressemitteilung, dann haben Sie in der Plenardebatte im Frühjahr gesagt, ja, im zweiten Quartal wird es kommen. Jetzt ist das zweite Quartal fast rum. Also irgendwas muss doch im Argen liegen. Das würde ich gerne verstehen.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wiederhole gern das eben Gesagte und rufe das in Erinnerung. Wir befinden uns seit Ende Mai, also mitten im zweiten Quartal, in der Verbands- und Ressortanhörung. Die ist mehrwöchig, da haben wir uns eigene Vorgaben als Landesregierung gemacht, was ich auch für klug halte. Wir haben aber insbesondere mit dem Städte- und Gemeindetag und anderen Beteiligten versucht, vorher eh so interne Abstimmungen und so intensive Abstimmungen zu treffen, dass wir nicht völlig an deren Interessenlage vorbeigehen. Und das eben Gesagte rufe ich gerne wieder auf.

Erstens. Mich haben die Verfahrensvereinfachungen sehr bewegt. Die gehen über das hinaus, was das Wärmeplanungsgesetz des Bundes vorsieht. Es geht also nicht einfach um das vereinfachte Verfahren, das das Gesetz kennt, sondern es geht um eine Vielzahl von Prüfpunkten. Sie müssen viele Prüfpunkte abticken, die für viele kleine Gemeinden vorhersehbar nicht ernsthaft relevant sind. Und das werden wir – zumindest haben wir das an vielen anderen Stellen erlebt – im Zweifel mit großer Sorge der Kommunen nur tun können. Also versuchen wir, die Sorge zu nehmen, indem wir sagen, wir geben euch Verwaltungsvorschriften vor. Und da war die Diskussion in der Tat und auch ein umfänglicher Dialog mit der Rechtsanwaltskanzlei, die uns am Ende dann die Möglichkeiten aufgezeigt hat, in welchem Rahmen wir als Land innerhalb dieses Bundesgesetzes Möglichkeiten haben, genau da den Kommunen Arbeit deutlich zu erleichtern.

Zweitens. Wir haben die Frage der Übertragung auf die Ämter – noch mal, ein dringender Wunsch des Städte- und Gemeindetages –, der war kommunalverfassungsrechtlich und auch verfassungsrechtlich nicht ohne. Auch da haben wir durchaus längere Zeiträume auch im Dialog verbracht, um einen Weg zu finden, der den Wunsch – den zumindest der kommunale Spitzenverband hatte, ich kann jetzt nicht für jede Kommune garantieren, aber die haben ein ganz gutes Gefühl für ihre Mitglieder –, wenn der kommunale Spitzenverband der Städte und Gemeinden mir sagt, bitte nicht auf jede einzelne Gemeinde, sondern auf die Ämterebene, da, wo amtsangehörige Gemeinden sind, dann nehmen wir uns dieser Dinge ernsthaft an, aber auch das hat in diesem Dreieck einen längeren Dialogprozess bedeutet.

Jetzt kommen wir dann eben zu Ergebnissen, die vorher deutlich formuliert gewünscht waren. Wir hätten auch umgekehrt im Januar einen Entwurf rausheben können und machen hinterher die gleiche Diskussion. Das schien mir aber unendlich. Ich gehe den anderen Weg lieber. Das tue ich auch in anderen Bereichen. Wir reden vorher mit den

Beteiligten, wir versuchen vorher abzusichern, dass es geht, und gehen jetzt dann hoffentlich nur noch in Komma- und nicht mehr in den Grunddetails oder in den Grundfragen innerhalb der Verbandsanhörung in den Diskurs mit den Beteiligten. Aber die läuft vor dem Hintergrund im zweiten Quartal, genau wie vorhergesagt am Laufen. 28. Mai hat die Anhörung begonnen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, gerne. Also das Wort „untunlich“ haben Sie jetzt in den Mund genommen, aber die Pressemitteilung ist ja sehr eindeutig, dass die Beteiligung Ende 2024 anfangen soll und Anfang 2025 in Kraft treten. Das hatte ich ja zitiert. Insofern wäre jetzt die Frage, was der Knackpunkt da jetzt vorher schon gewesen ist, warum sich diese Verschiebung ergeben hat.

Ich würde aber gerne die Nachfrage richten nach vorne. Wir haben es ja schon gefordert mit zum Beispiel Wasserstoff, dass das ausgeschlossen werden können soll, einfach, ich hoffe, das ist dann entsprechend vielleicht sogar auch drin. Interessieren würde ich mich jetzt dafür, ob es ein definitives ... Datum vielleicht nicht, aber sagen wir mal, einen Monat, für den Sie das jetzt zusagen können, dann gibt, wann wir damit jetzt wirklich final rechnen können, oder ob es sich noch mal abzeichnet, dass es sich wieder um zwei/drei/vier Monate verschiebt.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weil Sie fragen, was haben Sie in Ihrer Pressemitteilung schneller eingeschätzt, als es am Ende war – genau die eben geschilderten Punkte. Die Juristinnen und Juristen waren da deutlich pessimistischer als mein erster Blick. Das muss ich dann zur Kenntnis nehmen. Umgekehrt, dem Wunsch des Städte- und Gemeindetages wollte ich nachkommen. Und der hat im Übrigen am Ende zu einer Landtagsbefassung geführt. Da kann man ja sagen, hätte er es dann nicht gemacht, ja, dann hätte ich aber dem Wunsch



Innenminister Christian Pegel reagiert auf die Fragen von Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Fotos: Danny Gohlke | Fotomontage: Tinus Medien

des Städte- und Gemeindetages nicht entsprechen können. Mir erschien das nachvollziehbar, dass wir am Ende im Ergebnis schneller sein werden, wenn nicht 740 Städte und Gemeinden, sondern am Ende deutlich reduziert auf die Ämter und die kreisfreien Städte und Gemeinden agiert wird.

Zweitens. Wir gehen davon aus, dass wir Ende dieses Monats alle Anhörungsrückläufe haben, oder bis Juni/Ende Juli alle, also bis Ende Juli.

(Der Abgeordnete Hannes Damm spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Genau, Ende nächsten Monats.

Die Anhörung läuft bis 21.07. Das heißt, Sie müssen den 22., 23. und 24. mit Nachläufern rechnen. Ob Fristverlängerungen beantragt werden von der angehörten Seite, kann ich Ihnen nicht sagen. Auch so was kommt in solchen Verfahren zuweilen vor. Wir können aber zumindest mit gutem Gewissen sagen, wir waren vor den Sommerferien. Es kann mir keiner sagen, wir waren in der Sommerpause.

Dann werden wir die Anhörungen entsprechend auswerten. Mit welcher Intensität die Rückläufe sind, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich hoffe, wenig, weil wir diese Vorarbeiten getroffen haben, aber garantieren kann ich es nicht. Es bleibt eine offene Anhörung, bei der die Rückläufe abzuwarten bleiben. Und je nachdem, wie intensiv dann entwe-

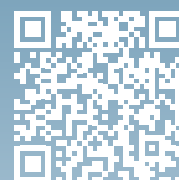
der noch mal externe Prüfprozesse oder aber wenige Änderungen von uns umgesetzt werden können, sind wir zwischen August und September mit den Verfahren durch und werden dann das Kabinett und vorher die Staatssekretärsrunde berühren. Aber in diesem Bereich bewege ich mich nur dann, wenn jetzt nicht noch mal fundamentale andere Positionierungen erfolgen.

Und zu guter Letzt werden wir, ich glaube, auf Herrn Reinhardts Frage hatte ich das eben schon angedeutet, wir werden auch die konnexitätsrechtlichen Diskussionen gleichermaßen zu führen haben. Wir müssen nämlich mit, spätestens mit der Beschlussfassung über die Verordnung im Kabinett, auch wenn sich konnexitätsrechtliche Folgen ergeben, gleichermaßen darauf die Antwort geben, wie wir damit umgehen.



Videos der Debatten des Landtages

Erleben Sie die Debatten aus dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern als Video-Mitschnitt.



Laufende Gesetzgebung

Stand: 30. Juni 2025

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/4264	Entwurf eines Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Wind- und Solarparks	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4265	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Klimaschutzgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4711	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Aufgabenerfüllung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 09.04.2025 in Beratung
8/4736	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes	Landesregierung	Bildungsausschuss	1. Lesung: 09.04.2025 in Beratung
8/4737	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sportfördergesetzes	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 09.04.2025 in Beratung
8/4805	Entwurf eines Gesetzes zum Sechsten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Sechster Medienänderungsstaatsvertrag)	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 16.05.2025 in Beratung
8/4806	Entwurf eines Gesetzes zum Siebten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge – Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Reformstaatsvertrag)	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 16.05.2025 in Beratung
8/4828	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes	Landesregierung	Wissenschafts- und Europaausschuss	1. Lesung: 14.05.2025 in Beratung
8/4870	Entwurf eines Krankenhausgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landeskrankenhausgesetz – LKHG M-V)	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 14.05.2025 in Beratung
8/4888	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über die Juristenausbildung – Neues Vergabeverfahren und „Landeskinderbonus“ im juristischen Vorbereitungsdienst	CDU	-	1. Lesung: 14.05.2025 Ablehnung der Überweisung
8/4993	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 25.06.2025 in Beratung
8/4994	Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Einrichtungenqualitätsgesetzes und zur Änderung weiterer Regelungen	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 25.06.2025 in Beratung
8/5016	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	AfD	-	1. Lesung: 25.06.2025 Ablehnung der Überweisung
8/5017	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes	AfD	-	1. Lesung: 25.06.2025 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum am 25. Juni 2025 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/4732	Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Errichtung, den Betrieb und die Weiterentwicklung des Nationalen Once-Only-Technical-Systems (NOOTS) – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c Absatz 1, Absatz 2 GG – NOOTS-Staatsvertrag	Landesregierung	1. Lesung: 09.04.2025 2. Lesung: 25.06.2025	Annahme

Öffentliche Anhörung

Zum Sonderbericht Kindertagesförderung des Landesrechnungshofes



Der Vorsitzende des Bildungsausschusses Andreas Butzki (re.) verfolgt gemeinsam mit Referentinnen und Referenten sowie Abgeordneten die Anhörung.

Foto: Landtag MV

In seiner 82. Sitzung am 12. Juni 2025 hat der Bildungsausschuss eine öffentliche Anhörung zur Unterrichtung durch den Landesrechnungshof „Sonderbericht gemäß § 99 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern – Ausgaben des Landes und der Kommunen zur Finanzierung des Kindertagesförderungsgesetzes“ auf Drucksache 8/4756 durchgeführt. Alle acht eingeladenen Sachverständigen haben ihre Ansicht zum Sonderbericht, zum diesbezüglichen Fragenkatalog

des Ausschusses und insbesondere zu den Empfehlungen des Landesrechnungshofes dargelegt und standen in der anschließenden regen Diskussion für Fragen zur Verfügung. Besonders im Fokus stand die Empfehlung des Landesrechnungshofes, wieder Elternbeiträge für den Besuch der Kindertageseinrichtungen einzuführen. Hierzu wurden konträre Ansichten vertreten. Auch haben viele der Sachverständigen über die derzeitige finanzielle Situation der Kommunen unter besonde-

rer Berücksichtigung des Bereiches der Kindertagesförderung informiert und erklärt, dass Einsparungen nötig seien. Gleichzeitig haben viele Anzuhörende dargestellt, dass eine gute frühkindliche Bildung Geld koste und eine Investition in die Zukunft darstelle.

Die öffentliche Anhörung wurde in der Ausschusssitzung am 19. Juni 2025 gemeinsam mit dem Landesrechnungshof und dem Bildungsministerium ausgewertet. Zielstellung war es, diesbezüglich eine Beschlussempfehlung für die Juli-Landtagsitzung zu erarbeiten.

Die Liste der eingeladenen Sachverständigen und den Fragenkatalog sowie die eingereichten Stellungnahmen finden Sie online auf der Seite des Bildungsausschusses.

Den Anwohnern Sicherheit geben!

Petitionsausschuss zur Ortsbesichtigung in Altentreptow



Die Ausschussmitglieder verschaffen sich einen Überblick zu den bestehenden Windkraftanlagen und geplanten Vorranggebieten.

Foto: Landtag MV

Diesen Appell richtete die Bürgermeisterin der Stadt Altentreptow am 2. Juli an die Abgeordneten des Petitionsausschusses und die Vertreter des Wirtschaftsministeriums, des Regionalen Planungsverbandes sowie des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte und machte auf die Lage der Einwohner der Stadt aufmerksam.

In Altentreptow stünden schon jetzt deutlich mehr Windräder als im Rest des Landkreises und für die Menschen sei es nicht mehr zumutbar, wenn zu den bereits über

120 vorhandenen Windrädern noch weitere hinzukommen sollen. So stellen Lärm, Schattenschlag und nachts blinkende Lichter eine Belastung dar. Erschwerend käme hinzu, dass die Stadt von den Gewinnen der Windkraftanlagenbetreiber nicht profitiert. Die Bürgermeisterin sowie die anwesenden Anwohner, unter denen auch der Petent war, der sich hilfesuchend an den Petitionsausschuss gewandt hatte, setzten sich daher für eine gerechtere Verteilung ein. Zudem kritisierten sie, dass der geplante Windkraftausbau rund um Altentreptow dazu führt, dass die Stadt Projekte,

wie die Erschließung neuer Wohngebiete, nicht weiterentwickeln kann.

Auch für die Abgeordneten wurde in dem Vor-Ort-Termin sichtbar, dass die Region um Altentreptow bereits in hohem Maße zur Energiewende beigetragen hat. Es wurden nicht nur Windräder errichtet, sondern auch Solarparks und Biogasanlagen. Bei der Umsetzung dieser Vorhaben haben sich die Stadt sowie ihre Einwohner stets konstruktiv beteiligt und auch die damit einhergehenden Beeinträchtigungen toleriert. Die Ausschussmitglieder können daher die Sorgen der Bürger nachvollziehen. Der Ausschuss wird deshalb der Landesregierung und dem Vorstand des Regionalen Planungsverbandes Mecklenburgische Seenplatte die besondere Situation der Stadt Altentreptow aufzeigen, um zu erreichen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien verträglich für die Menschen in Altentreptow erfolgt und die Stadt von den Windkraftanlagen auch einen finanziellen Vorteil hat.

Digitalisierung im Fokus

Rechtsausschuss in Estland zu Besuch

Vom 2. bis 5. Juni war der Rechtsausschuss des Landtages MV zu Besuch in Tallinn (Estland). Im Fokus der Unternehmung stand das Thema „Digitalisierung“ in den Bereichen Justiz und Wahlen, in denen Estland bereits sehr weit vorangeschritten ist.

Estland gilt als digitales Vorreiterland – das zeigte sich beim Besuch des e-Estonia Briefing Centres (ein Zentrum, in dem der digitale Weg des Landes vorgestellt wird), beim Nationalen Wahlausschuss und im Landgericht Harju, wo alle Zivil- und Strafgerichtsverfahren papierlos ablaufen.

Um einen Einblick in die Verfassungs-, Justiz- und Rechtsangelegenheiten der Republik Estland zu erhalten, tauschten sich die Abgeordneten mit den Mitgliedern des Verfassungsausschusses des estnischen Parlaments, der Rechtskanzlerin Estlands sowie einem Berater des estnischen Justizministeriums aus. Auch die Tallinner Justizvollzugsanstalt wurde besucht – Mecklenburg-Vorpommern hatte Estland bei der Entwicklung seines Vollzuges beraten. Ein besonderes Augenmerk lag auch auf dem Thema Gleichstellung: Hierzu tauschten sich die Abgeordneten mit dem estnischen Beauftragten für Gleichstellung und Gleichbehandlung aus.



Ein Ausweis für alles: von Krankenschein über Führerschein bis Zugticket
Foto: Landtag MV

Rechtsausschuss

Europäischer Ausschusses der Regionen (AdR)

Themen: EU-Landwirtschaftspolitik, Industriepolitik, Cybersicherheit

Vom 02. bis 03. Juli 2025 hat der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns während der 167. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel vertreten.

Unter anderem wurden folgende Themen debattiert: Nachhaltiger Tourismus, Wasserresilienz sowie die Klimakonferenz 2025 der Vereinten Nationen in Belém, Brasilien (COP 30). Auch der Deal für eine saubere Industrie und die Überarbeitung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung standen im Fokus der Plenartagung.

Eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung

Am 19. Februar 2025 stellte die Kommission ihre Vision für Landwirtschaft und Ernährung vor. Ziel der Vision ist es vor allem die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Agrar- und Lebensmittelsektors zu steigern. Die Vision dient als Fahrplan für ein attraktives, widerstandsfähiges und zukunftsorientiertes Agrar- und Lebensmittelsystem. Dabei enthält die Vision vier Schwerpunkte:

Attraktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Krisenfestigkeit, Zukunftsfähigkeit sowie Faire Lebens- und Arbeitsbedingungen in ländlichen Gebieten. Die Stellungnahme begrüßt die Vision der Kommission und ihren Fokus auf Landwirtschaft und Lebensmittel sowie die Förderung der Attraktivität der Landwirtschaft als Berufsfeld. Weiterhin schlägt der Entwurf vor, die Landwirte bei der Umstellung auf eine nachhaltige Landwirtschaft angemessen zu unterstützen, weshalb im europäischen Haushalt die Mittel für die Ökologisierung aufgestockt werden müssten. Der AdR unterstreicht in seinem Stellungnahmeentwurf, dass es Landwirten möglich sein muss, ohne übermäßigen Verwaltungsaufwand landwirtschaftliche Betriebe zu betreiben.

Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern

Im Januar 2025 hat die Kommission einen Aktionsplan zur Cybersicherheit im Gesundheitssektor veröffentlicht. Dieser Aktionsplan soll die Sicherheit unserer Gesundheitssysteme verbessern, die von zunehmender Cyberkriminalität betroffen sind. Die Schwerpunkte

des Plans liegen auf Prävention von Cybersicherheitsvorfällen, Erkennung von Cyberbedrohungen, Reaktion auf Sicherheitsvorfälle und Abschreckung von Angriffen auf europäische Gesundheitssysteme.

Die Stellungnahme des AdR begrüßt den Aktionsplan und weist darauf hin, dass es bei Cyberangriffen nicht nur um Cyberspionage und Diebstahl geistigen Eigentums, sondern auch um die Destabilisierung der Gesellschaft gehe. Auch vor diesem Hintergrund sollen kritische Infrastrukturen und Einrichtungen vor Bedrohungen besser geschützt werden. Der AdR fordert in seinem Stellungnahmeentwurf, die Regionen umfassend in die Gestaltung und Umsetzung von Cybersicherheitsmaßnahmen und -strategien einzubeziehen. Ferner wird empfohlen, regionale und lokale Gebietskörperschaften in die Ausarbeitung von nationalen Aktionsplänen für die Cybersicherheit im Gesundheitswesen einzubeziehen. Der Entwurf betont auch, dass viele Krankenhäuser und Gesundheitsdienstleister auf veraltete Medizintechnik angewiesen und deshalb durch moderne Cyberangriffe gefährdet seien.

Internationales

Umweltpreis verliehen

Landtag MV zeichnet besondere Projekte aus



Beate Schlupp (1. Vize-Präsidentin des Landtages MV) würdigt die Preisträger Fotos: Danny Gohlke

Am 2. Juli 2025 fand im Plenarsaal des Schweriner Schlosses die feierliche Verleihung des Umweltpreises 2024/2025 des Landtages MV zu Ehren von Ernst Boll statt. Die Auszeichnung, dotiert mit insgesamt 25.000 Euro, würdigt herausragende Initiativen im Umwelt- und Naturschutz in den zwei Kategorien Jugendumweltpreis und Umweltpreis des Landtages.

Die 1. Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, übergab die Preise und betonte in ihrer Ansprache die Bedeutung des Engagements für Umwelt und Nachhaltigkeit:

„Gerade in einer Zeit, in der wir die Auswirkungen des Klimawandels, des Artensterbens und der Ressourcenknappheit immer deutlicher spüren, brauchen wir solche Vorbilder. Menschen, die mutig neue Wege gehen,

Ideen verwirklichen und damit zeigen, dass nachhaltiges Handeln nicht Verzicht bedeutet, sondern Zukunft schafft. Der Umweltpreis ist mehr als eine Auszeichnung – er ist ein Zeichen der Ermutigung und ein Appell, gemeinsam weiterzugehen auf dem Weg zu einer nachhaltigen, gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft.“

Der Agrarausschuss des Landtages fungiert als Jury des Umweltpreises. Insgesamt haben sich in diesem Jahr 27 Einzelpersonen und Gruppen mit ihren Projekten, Leistungen und Initiativen aktiv beworben. Die Vorsitzende des Agrarausschusses und Juryvorsitzende, Dr. Sylva Rahm-Präger, erklärte: „Ich war bei der Durchsicht der zahlreichen Aktivitäten und Projekte stellenweise tief berührt von dem Engagement, mit dem Menschen in unserem Bundesland sich für ihre Mitmenschen und die Umwelt einsetzen und dabei Beeindruckendes auf die Beine stellen.“

Eine Preisträgerin des Jugendumweltpreises äußerte sich begeistert:

„Wir bedanken uns herzlich für die Einladung zum Jugendumweltwettbewerb im Landtag MV – eine tolle Erfahrung und motivierende Wertschätzung für unser Engagement! Für uns war es zudem sehr spannend zu erfahren, welche Projekte aktuell in unserem Land entstehen und wer die Akteure sind.“

Den mit 10.000 Euro dotierten Jugendumweltpreis teilen sich das Gymnasium am Sonnenberg in Crivitz mit dem

Projekt „Zu neuen Ufern“ (4.000€), die Kita Biene Maja in Stralsund mit dem Projekt „Nachhaltig handeln – gemeinsam für unsere Umwelt“ (4.000€) sowie der Verein Was Jetzt?! e.V. mit dem Projekt „Sharing is Caring!“ (2.000€).

Der mit 15.000 Euro dotierte Umweltpreis wird unter anderem an die Finc Foundation (7.000) für ihr Projekt „Kulturlandschaft gestalten und Werte erhalten am Greifswalder Bodden“ vergeben. Außerdem ausgezeichnet wurden der KuBus e.V. für die „Nachhaltigkeitstransformation der Rostocker Hanse Sail“ (4.000€), Helmuth Schlage für die „Wiederherstellung von Naturflächen“ (2.000€) sowie Manfred Pach und Rudi Fink für ihr gemeinsames Projekt „Walnussbaumallee mit 104 Bäumen von Grammentin nach Sommersdorf“ (2.000€).

Der Umweltpreis des Landtages MV wird seit 1992 in Erinnerung an Ernst Boll (1817–1868) verliehen, einem bedeutenden Naturforscher und Historiker, der sich besonders der Landes- und Naturgeschichte Mecklenburgs widmete. Als einziger deutscher Umweltpreis, der von einem Parlament vergeben wird, setzt er seit Jahrzehnten ein starkes Zeichen für Umweltbewusstsein und nachhaltiges Handeln in der Region.

Die feierliche Veranstaltung wurde musikalisch begleitet von vier Saxofonistinnen und Saxofonisten der Schweriner Musikschule Ataraxia, die mit ihren Darbietungen für einen stimmungsvollen Rahmen sorgten.



Landtag beim MV-Tag 2025 in Greifswald

Vom 20. bis 22. Juni fand in Greifswald der 15. MV-Tag statt, das offizielle Landesfest Mecklenburg-Vorpommerns. Unter dem Motto „Tradition – Innovation – Vielfalt“ feierten tausende Gäste gemeinsam das 775. Stadtjubiläum und 35 Jahre Mecklenburg-Vorpommern.

Auch der Landtag Mecklenburg-Vorpommern war mit einem eigenen Stand vertreten, betreut von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung. Besucherinnen und Besucher konnten sich dort über die parlamentarische Arbeit informieren, mit Abgeordneten ins Gespräch kommen und einen Blick hinter die Kulissen des Landesparlaments werfen.

Ebenfalls vor Ort waren der Bürgerbeauftragte, Dr. Christian Frenzel, die Enquete-Kommission des Landtages „Jung sein in MV“ sowie die Initiative für Demokratie und Toleranz „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“. So entstanden viele Gespräche, Impulse und Ideen von und für Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.



Am Stand der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ ging es um Themen, die vor allem junge Menschen in M-V bewegen.



Am Stand der Landtagsverwaltung informierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ihre Arbeit und die parlamentarischen Abläufe.

Dr. Christian Frenzel (Bürgerbeauftragter MV) stellte seine Arbeit vor.

Fotos: Landtag MV

Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten

Landessieger geehrt

Am 2. Juli fand im Plenarsaal des Landtages Mecklenburg-Vorpommern die feierliche Landespreisverleihung des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten 2024/25 statt.

Unter dem Motto „Bis hierhin und nicht weiter!? Grenzen in der Geschichte“ präsentierten junge Menschen aus MV eindrucksvolle Beiträge zur regionalen Geschichte - kreativ, kritisch und mit bemerkenswerter Tiefe.

Die Auszeichnung der Landessiegerinnen und Landessieger wurde durch die 1. Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, vorgenommen.

Sie würdigte die Schülerinnen und Schüler für ihre intensive Auseinandersetzung mit historischen „Grenzen“ – im wörtlichen wie im übertragenen Sinne.

Der Landtag gratuliert allen Preisträgerinnen und Preisträgern. Ein großer Dank geht an die Körber-Stiftung sowie alle Lehrkräfte und Familien, die dieses Engagement unterstützt haben!

Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von JAM.



Alle gewürdigten Projekte finden Sie hier.



15.000 Gäste beim Tag der offenen Tür im Landtag

Politik zum Anfassen und Erleben

Wie werden politische Entscheidungen getroffen? Was macht ein Ausschuss und wie sind eigentlich die Abläufe während einer Landtagssitzung? Nur einige der Fragen, die die Politikerinnen und Politiker bei öffentlichen Veranstaltungen hören. Deswegen lud der Landtag MV interessierte Bürgerinnen und Bürger Mitte Juni zum Tag der offenen Tür ins Schweriner Schloss ein, um genau solche Fragen zu beantworten.

Das Wetter meinte es in diesem Jahr im Gegensatz zu 2024 gut mit dem traditionellen Tag der offenen Tür des Landtags MV. So konnte Landtagspräsidentin **Birgit Hesse** in diesem Jahr bei strahlender Sonne vom schönsten Landtag Deutschlands sprechen. Moderatorin **Dörthe Graner** verwies bei der Begrüßung im Innenhof des Schlosses auf

die Stimmung des Tages: „Einfach mal ein bisschen freundlich sein, mal etwas Verbindliches sagen und auch mal zuhören. Sowas hilft ja immer.“

So nutzten rund 15.000 Besucherinnen und Besucher die Gelegenheit, einen Blick in das Schweriner Schloss zu werfen und sich mit den zahlreichen anwesenden Politikerinnen und Politikern auszutauschen. Im Eingangsbereich des Schlosses und unterhalb der Orangerie standen die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen fleißig Rede und Antwort. Darüber hinaus hatten zahlreiche Verbände, Vereine und Medien Infostände aufgestellt.

Stolz berichtete Landtagspräsidentin Birgit Hesse bei der Begrüßung, dass es der erste Tag der offenen Tür sei, nachdem das Schweriner Schloss und Teile der historischen Innenstadt im Juli vergangenen Jahres zum UNESCO-Welt-

kulturerbe erklärt wurden. Das Schloss zählt zu den bedeutendsten Bauwerken des romantischen Historismus in Deutschland. Die Gäste konnten auch den Burgseeflügel des Schlosses besichtigen, der kurz zuvor nach jahrelanger Restaurierung wieder eröffnet wurde und heute unter anderem verschiedene Fraktionsräume beherbergt. Die Landtagspräsidentin zeigte sich auch erfreut, dass die im Innenhof aufgestellten Liegestühle beim Publikum gut ankamen. Selbstverständlich war der Stoff mit dem Schweriner Schloss bedruckt.

Um den zahlreichen Gästen einen Einblick in das politische Leben zu vermitteln, trafen sich am späten Vormittag die Fraktionsvorsitzenden beziehungsweise ihre Vertreter im Schlossinnenhof, um aktuelle Themen wie beispielsweise die Mobilität und den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu diskutieren.





Landtagspräsidentin Birgit Hesse (Mitte) gemeinsam mit Elke-Annette Schmidt (2. Vize-Präsidentin des Landtages, rechts) und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (links)



Dörthe Graner (links) moderierte das Bühnenprogramm im Innenhof des Schweriner Schlosses.



Zahlreiche Gäste genossen die sommerliche Atmosphäre im Innenhof.

Die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehrich**, eröffnete den Gesprächsreigen mit der Feststellung: „Wir sind die Fraktion, der der ÖPNV besonders wichtig ist.“ MV sei das Bundesland, in dem die Entfernungen zwischen Wohnort und der nächstgelegenen Bus- oder Bahnhaltestelle bundesweit am weitesten seien.

Ihre Fraktion fordere deshalb Verbesserungen an der Infrastruktur des ÖPNV, auch müsse die Taktung dringend bürgerfreundlicher gestaltet werden. Dieser Ausbau sei Teil der sozialen Gerechtigkeit.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler**, verwies auf die Initiativen der Landesregierung.

Es seien mehr Busse und Bahnen unterwegs, das Rufbussystem werde landesweit ausgerollt. „Es gibt zwar noch hier und da weiße Flecken, aber es kann sich sehen lassen.“ Auch sei MV das einzige Bundesland, in dem Rentner für das Deutschland-Ticket nur 38 anstatt 58 Euro monatlich zahlen müssen.

Der Vize-Fraktionsvorsitzende der AfD, **Enrico Schult**, begrüßte es zwar, dass der ÖPNV ausgebaut werde. Gleichzeitig dürfe das Auto nicht diskriminiert werden. Ohne Auto sei das Leben im ländlichen Raum kaum möglich. Schult sprach in diesem Zusammenhang von einem Feldzug gegen das Auto. „Wir brauchen die Wahlfreiheit“, forderte er.

„Wir wollen erreichen, dass die Menschen in diesem Land von A nach B kommen“, bekräftigte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen**. Das gelte für die Älteren, die zum Einkaufen fahren oder die Jüngeren, die am kulturellen Leben teilnehmen wollen. Deshalb seien beispielsweise der Regiobus oder das Rufbus-System eingeführt worden.

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, **Sebastian Ehlers**, betonte, dass es auf einen gesunden Mix ankomme. Einzelne Verkehrsarten dürften nicht bevorzugt werden. Im Flächenland MV sei die Mehrheit der Menschen aufs Auto angewiesen. „Da nützt das beste Ticket nichts, wenn am Ende des Tages kein Bus fährt.“

Fotos: Anton Fischer
Fotomontage: Tinus Medien



Anlässlich des ersten nationalen Veteranentags, der an diesem Sonntag bundesweit begangen wurde, machte Hesse deutlich, dass die Bundeswehr zu Deutschland und MV gehöre. Die Gesellschaft brauche eine starke Bundeswehr, sie sei Teil des Gesamtgefüges. „Ich stehe zu unserer Bundeswehr, ich stehe zu unserer Marine“, betonte Hesse. Am Tag der offenen Tür sollten diejenigen sichtbar gemacht werden, die den Dienst für die Gesellschaft und das Land geleistet haben. „Wir sehen, was die undemokratischen Kräfte in der Welt anrichten“, erklärte die Landtagspräsidentin. Da sei es wichtig, dass es ein starkes Europa gibt und dies müsse auch nach außen gezeigt werden.

Fotos: Anton Fischer

Der Begriff Veteran steht für alle Soldaten, die in der Bundeswehr gedient und nach der Dienstzeit wieder verlassen haben. Wie Flottillenadmiral Ulrich Reineke, Kommandeur des Landeskommandos MV, sagte, gibt es keine genauen Angaben darüber, wie viele Menschen in MV als Veteranen gelten. In Deutschland gebe es zehn bis elf Millionen Veteranen, deshalb sei nach dem Anteil von MV an der deutschen Bevölkerung von etwa 200.000 Veteranen auszugehen.

„Diese Menschen haben eine große Leistung vollbracht für unser Land“, betonte Hesse. Mit Blick auf die Weltpolitik sei es gerade in der heutigen Zeit wichtig, dass die Gesellschaft die Soldaten und Veteranen habe. „Und es ist wichtig, auch einmal danke zu sagen, für den Dienst, den sie leisten.“

Passend zum Veteranentag gab es auch eine Diskussion zum Thema Wehrpflicht. Im Jahr 2011 war die Wehrpflicht unter dem damaligen Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) ausgesetzt worden. Ein Angriffskrieg auf europäischem Boden war damals für die meisten Beobachter und Experten nicht mehr vorstellbar. Doch angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat sich diese Einstellung geändert. Aktuell hat Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) einen zusätzlichen Bedarf von rund 60.000 Soldaten angemeldet. Im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung steht, dass ein neuer attraktiver Wehrdienst geschaffen werden soll, der zunächst auf Freiwilligkeit basiert.



TAG DER OFFENEN TÜR

IM LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN
IM SCHWERINER SCHLOSS, AM 15. JUNI 2025

„Wir müssen attraktive Angebote schaffen. Die Bundeswehr muss modern werden“, erklärte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, **Philipp da Cunha**. Seiner Meinung nach müsse die Freiwilligenquote bei der Bundeswehr hochgehalten werden. Eine allgemeine Dienstpflicht lehne er ab. Den jungen Menschen müsse ein breites Angebot vorgehalten werden. „Wenn wir das haben, dann kommen genug, auch die, die nach der Schule noch nicht genau wissen, was sie wollen.“

„Wir sind entschieden gegen die Wehrpflicht“, betonte **Torsten Koplin** (Die Linke). Junge Menschen wollten sich einbringen, aber keinem Zwang oder Gehorsam ausgesetzt sein. „Das, was geschieht, soll wirklich freiwillig sein.“ Das Selbstbestimmungsrecht müsse erhalten bleiben, damit sich die jungen

Leute hingebungsvoll einer Sache widmen können. „Das ist auch eine Sache der Erziehung und Bildung.“

Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) appellierte, dass die Attraktivität der Bundeswehr erhöht werden müsse, damit sich mehr Freiwillige melden. Allerdings hätten sich die gesellschaftlichen Bedingungen in den letzten Jahren geändert. Terpe verwies darauf, dass die Politik die Verpflichtung habe, etwas zum Bevölkerungsschutz und zur Verteidigung des Landes beizutragen.

Sabine Enseleit (CDU) verwies auf die Vereinbarung der Berliner Koalition. Diese sehe kein verpflichtendes Modell vor. „Wir schauen, wer freiwillig zur Bundeswehr gehen möchte. Die jungen Leute werden nun angeschrieben und abgefragt.“ Jeder Einzelne sollte ein In-

teresse daran haben, dass sich das Land verteidigen kann, erklärte sie. Die Gesellschaft müsse gewappnet sein, für alles was da komme – in der Hoffnung, dass solche militärischen Dienste nie gebraucht werden.

„Es wird uns angekündigt, dass wir uns einem Krieg entgegenbewegen“, kritisierte **Horst Förster** (AfD). Das Land sollte wirklich alles dafür tun, einen Krieg zu verhindern. Er sei grundsätzlich für die Wehrpflicht, sagte er. Jedes Land müsse sich verteidigen können. Das kann nur funktionieren, wenn der Verteidigungswille und die -bereitschaft dafür da seien. „Da sehe ich große Defizite.“

Auch diese Gesprächsrunde im Innenhof verfolgten zahlreiche Besucherinnen und Besucher bevor sie den Tag bei Live-Musik ausklingen ließen.

Gottesdienst zur Johannisfeier

Ende Juni erinnerten die beiden großen christlichen Hilfsorganisationen, der Malteser Hilfsdienst und die Johanniter-Unfall-Hilfe, mit einer zentralen Johannisfeier an ihren Ordenspatron – Johannes den Täufer.

Ein besonderer Höhepunkt war der festliche Gottesdienst in der Schlosskirche, an dem auch Landtagspräsidentin Birgit Hesse (links), Donata Herzogin zu Mecklenburg von Solodkoff und Georg Khe-

venhüller (Präsident Malteser Hilfsdienst) teilnahmen. Gemeinsam mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Kirche, Hilfsorganisationen und Gesellschaft wurde der Einsatz der vielen haupt- und ehrenamtlich Engagierten gewürdigt.

Die Feier stand ganz im Zeichen des Dankes an die rund 170.000 Helferinnen und Helfer, die sich deutschlandweit - haupt- und ehrenamtlich - bei Maltesern und Johannitengagierten.

Allein in Mecklenburg-Vorpommern leisten über 400 Menschen tagtäglich ihren Beitrag – im Rettungsdienst, im Katastrophenschutz oder in der Pflege.

Beide Hilfsorganisationen blicken auf eine über 900-jährige Geschichte zurück und stehen bis heute für gelebte Nächstenliebe, Engagement im Bevölkerungsschutz und humanitäre Hilfe.

Fotos: Landtag MV



v.l.n.r. Birgit Hesse (Präsidentin Landtag MV), Georg Khevenhüller (Präsident Malteser Hilfsdienst) und Donata Herzogin zu Mecklenburg von Solodkoff



Der Gottesdienst fand in der Schweriner Schlosskirche statt.

Schlossführungen

In einer bunten Führung durch die nicht öffentlichen Bereiche im Schweriner Schloss besteht die Möglichkeit, den ehemaligen Sitz der Mecklenburgischen Herzöge kennenzulernen. Blicken Sie vom Dach des Schlosses auf die Stadt Schwerin und besichtigen Sie die erste protestantische Kirche Norddeutschlands verbunden mit einem Blick in den Plenarsaal des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.

Die kostenpflichtige Führung dauert ca. 90 Min.

Schlossführungen sind an Wochenenden nach Absprache und von Montag bis Freitag ab 15:30 Uhr in Abhängigkeit von parlamentarischen Veranstaltungen möglich.

Folgende Kosten entstehen:

**bis 10 Personen -
insgesamt 100 Euro**

**bis 20 Personen -
insgesamt 160 Euro**



Anmeldung für Schlossgartenführungen und Burggartenführungen

Ansprechpartnerin : Frau Dominik Peters | schlossfuehrung@landtag-mv.de

Burggartenführungen

Der Burgarten umgibt unmittelbar das Schweriner Schloss und ist ein herausragendes Beispiel der klassischen deutschen Gartenkunst nach dem Gartendirektor von Potsdam-Sanssouci Peter Joseph Lenné und dem Hofgärtner Theodor Klett. In einem beschaulichen Rundgang erleben Sie die harmonische Anordnung des Burgartens mit seinen Terrassen, Wasserspielen, Skulpturen, Sträuchern, Blumen und Tieren. Ein Höhepunkt ist die Orangerie mit wunderbarem Blick auf den Schweriner See.

Die kostenpflichtige Führung dauert ca. 60 Min.

Burggartenführungen sind witterungsbedingt täglich nach Absprache von 9 Uhr bis 19 Uhr buchbar.

Folgende Kosten entstehen:

**bis 10 Personen -
insgesamt 80 Euro**

**bis 20 Personen -
insgesamt 110 Euro**



Tag des offenen Denkmals®

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sich beim bundesweiten Tag des offenen Denkmals® am **Sonntag, den 14. September 2025.**

Programmpunkte:

- 11:00 – 17:00 Uhr ist der Innenhof des Schlosses erlebbar
- 11:30; 13:30 & 15:30 Uhr gibt es Vorträge im Innenhof mit Zahlen, Daten, Fakten zum Schweriner Schloss
- 14:30 Uhr: Öffnung der Drehbrücke

Kommen Sie vorbei und erleben Sie das Schweriner Schloss